

Einladung

zur 2. Sitzung des 68. Studierendenparlaments

**Präsidium des
Studierendenparlaments**
68. Legislaturperiode

Lennard Runkel (Präsident)
Katharina Schmitt (Stv. Präsidentin)
Eva Darnstädt (Stv. Präsidentin)

c/o AStA der Universität Münster,
Schlossplatz 1, 48149 Münster

stupa@uni-muenster.de
www.stupa.ms

Münster, den 29. Juni 2025

Liebe Mitglieder des Studierendenparlaments,

hiermit lade ich euch zur 2. Sitzung des 68. Studierendenparlaments ein.
Sie findet als ordentliche Sitzung

am Montag, den 07. Juli 2025 um 18:15 Uhr

voraussichtlich in Hörsaal SCH 100.2 (Scharnhorststraße 100, 48151 Münster) statt. Der Sitzungsort steht unter dem Vorbehalt der Genehmigung durch die Zentrale Raumvergabe der Universität Münster.

Ich schlage folgende Tagesordnung vor:

-
- | | |
|-----|-------------------------------------|
| 01. | Feststellung der Beschlussfähigkeit |
|-----|-------------------------------------|
-
- | | |
|-----|------------------------------------|
| 02. | Annahme von Dringlichkeitsanträgen |
|-----|------------------------------------|
-
- | | |
|-----|-------------------------------|
| 03. | Feststellung der Tagesordnung |
|-----|-------------------------------|
-
- | | |
|-----|---|
| 04. | Berichte aus Ausschüssen und Kommissionen |
|-----|---|
-
- | | |
|-----|-----------------------|
| 05. | Berichte aus dem AStA |
|-----|-----------------------|
-
- | | |
|-----|------------------|
| 06. | Weitere Berichte |
|-----|------------------|
-
- | | |
|-----|--|
| 07. | Beschluss von Protokollen |
| | a) Protokoll der 17. Sitzung des 67. Studierendenparlaments |
| | b) Protokoll der konstituierenden Sitzung des 68. Studierendenparlaments |
-

-
- | | |
|-----|--|
| 08. | Umbesetzung von Ausschüssen und Kommissionen |
|-----|--|
-
- | | |
|-----|---|
| 09. | <i>Die LISTE</i>
Kein Geld für Scheiße |
|-----|---|
-
- | | |
|-----|--|
| 10. | <i>Sozialistische Liste</i>
Antrag für eine kämpferische Uni gegen Rassismus und Völkermord |
|-----|--|
-

Freundliche Grüße

Lennard Runkel
Präsident des Studierendenparlaments

Vorläufige Tagesordnung

für die 2. Sitzung des 68. Studierendenparlaments

Stand: 30. Juni 2025

**Präsidium des
Studierendenparlaments**
68. Legislaturperiode

Lennard Runkel (Präsident)
Katharina Schmitt (Stv. Präsidentin)
Eva Darnstädt (Stv. Präsidentin)

c/o AStA der Universität Münster,
Schlossplatz 1, 48149 Münster

stupa@uni-muenster.de
www.stupa.ms

Münster, den 30. Juni 2025

01. Feststellung der Beschlussfähigkeit

02. Annahme von Dringlichkeitsanträgen

a) *Juso-HSG*
Gegen jeden Antisemitismus

03. Feststellung der Tagesordnung

04. Berichte aus Ausschüssen und Kommissionen

05. Berichte aus dem AStA

06. Weitere Berichte

07. Beschluss von Protokollen

a) Protokoll der 17. Sitzung des 67. Studierendenparlaments

b) Protokoll der konstituierenden Sitzung des 68. Studierendenparlaments

08. Umbesetzung von Ausschüssen und Kommissionen

09. *Die LISTE*
Kein Geld für Scheiße

10. *Sozialistische Liste*
Antrag für eine kämpferische Uni gegen Rassismus und Völkermord

11. *Juso-HSG*
Gegen jeden Antisemitismus



Seite 2 von 2

Lennard Runkel

Präsident des Studierendenparlaments

Protokoll

der 17. Sitzung des 67. Studierendenparlaments

**Präsidium des
Studierendenparlaments**
67. Legislaturperiode

Soenke Janssen (Präsident)
Niklas Niemann (Stv. Präsident)
Fatih Asil (Stv. Präsident)

Die 17. Sitzung des 67. Studierendenparlaments der Universität Münster fand am 26.05.2025 um 18 Uhr c.t. als ordentliche Sitzung in Hörsaal S 1 (Schlossplatz 2, 48149 Münster) statt und wurde von Fatih Asil (Stv. Präsident) geleitet.

c/o AStA der Universität Münster,
Schlossplatz 1, 48149 Münster

stupa@uni-muenster.de
www.stupa.ms

Münster, den 18. Juni 2025

Das vorliegende Protokoll wurde von Jessica Best verfasst.

Tagesordnung

TOP 1	<i>Feststellung der Beschlussfähigkeit</i>	1
TOP 2	<i>Annahme von Dringlichkeitsanträgen</i>	1
TOP 3	<i>Feststellung der Tagesordnung</i>	1
TOP 4	<i>Berichte aus den Ausschüssen und Kommissionen</i>	1
TOP 5	<i>Berichte aus dem AStA</i>	1
TOP 6	<i>Weitere Berichte</i>	3
TOP 7	<i>Beschluss von Protokollen</i>	3
TOP 8	<i>Umbesetzung von Ausschüssen und Kommissionen</i>	4
TOP 9	<i>Bestätigung der Ernennung einer Referentin</i>	4
TOP 10	<i>Fraktion der Juso-HSG</i>	7
TOP 11	<i>Wahl des*der stellvertretenden AStA-Vorsitzenden</i>	7
TOP 12	<i>Bestätigung der Ernennung einer Referentin</i>	10

Anwesenheitsliste

der Mitglieder des Studierendenparlaments

	CampusGrün	von	bis
1	Lisa-Nicole Bucker	18:16	20:50
2	Markus Schieferdecker	18:16	20:50
3	Theresa Dissen	18:16	20:50
4	Hannah Wirtz	–	–
5	Mirjam Holle	18:16	20:50
6	Nicolai-Leonid Bathen	18:16	20:50
7	Rosa Herzog	18:16	20:50
8	Jacob Hassel	19:37	20:50
9	Lennard Runkel	18:16	20:50
10	Sebastian Schick	18:16	20:50
11	Niklas Padberg	18:22	20:50
12	Laurenz Schulz	18:16	20:50
13	–	–	–

	RCDS	Von	Bis
1	Matthias Lehmann	18:16	20:35
2	Eva Darnstädt	18:16	20:50
3	Frederik Salomon	18:16	20:35
4	Jonas Pape-Petrulat	–	–
5	Nils-Fabian Grünke	–	–
6	Luzie Brings	–	–
7	Lara Kühl	–	–

	Juso-HSG	von	bis
1	Noah Preis	18:16	20:50
2	Fatih Asil	18:16	20:50
3	Lucy Eggert	18:16	20:50
4	Madita Fester	18:16	20:50
5	Max Deicke	18:16	20:50
6	Leon Lederer	18:16	20:50

	Sozialistische Liste	von	bis
1	Juli Sommer	18:16	20:50
2	Jenna Inhoff	18:16	20:50
3	Sumaiyya Khan	–	–

	DIE LISTE	von	bis
1	Simon „Pogo“ Wefers	18:16	20:50
2	Jacqueline „Jacky“ Wefers	18:16	20:50

CG CampusGrün **RCDS** Ring Christlich-Demokratische Studenten **SL** Sozialistische Liste
LISTE Die LISTE **Juso-HSG** Juso-Hochschulgruppe

Alle Abstimmungsergebnisse ohne weitere Kennzeichnung erfolgen in der Form:
(Ja-Stimmen/Enthaltung/Nein-Stimmen)

1 **TOP 1** *Feststellung der Beschlussfähigkeit*

2 Fatih Asil (stv. Präsident) begrüßt die Anwesenden um 18:16 Uhr. Es sind 22 von 31
3 Parlamentarier:innen anwesend (die Anwesenheit ist der obigen Tabelle zu entnehmen). Das
4 Studierendenparlament ist somit beschlussfähig.

5 **TOP 2** *Annahme von Dringlichkeitsanträgen*

6 Es liegen keine Dringlichkeitsanträge vor.

7 **TOP 3** *Feststellung der Tagesordnung*

8 Keine Änderungsanträge an die oben aufgeführte Tagesordnung.

9 **TOP 4** *Berichte aus den Ausschüssen und Kommissionen*

10 Nicolas Stursberg (Wahlleiter): Nächste Woche ist die Wahl. Die Probleme an der Chemie haben
11 sich gelöst. Im Schloss wird die Urne wieder im Keller sein. Briefwahl kann bis heute Abend
12 beantragt werden. Es gab einen Briefwahlantrag aus Irland. Wir hatten heute eine Besprechung
13 mit den logistischen Wahlhelfer:innen. Da gab es keine Probleme. Es gab Beschädigungen an
14 Wahlplakaten. Das Problem hatten wir auch letztes Jahr schon. Wir sind uns nicht sicher, wie wir
15 das verhindern können. Wir können nur alle Listen auffordern, auf ihre eigenen Plakate zu achten.

16 **TOP 5** *Berichte aus dem AStA*

17 Leon Lederer (AStA-Finanzreferat) und Lennard Runkel (kommissarisch im AStA-Finanzreferat):
18 Letzte Woche fand die Kampagne statt. Daneben haben wir viel Tagesgeschäft gemacht. Die
19 Fachschaften reichen wieder vermehrt Anträge ein. Wir hatten eine Änderungsordnung an die
20 Beitragsordnung beschlossen. Dazu hatten wir beef mit der hochschulrechtlichen Abteilung, weil
21 die Beitragsordnung leider nicht fristgerecht eingereicht wurde. Wir haben es trotzdem
22 hinbekommen, dass sie genehmigt wurde. Ich (Lennard) verabschiede mich heute aus meiner
23 Position als Finanzreferent.

24
25 18:22 Uhr: Niklas Padberg (CG) ist der Sitzung beigetreten.

26
27 Finanzreferat: Wir waren beim AK „Studentisches Wohnen“. Das Studierendenwerk will die
28 Notunterkünfte weiter ausbauen am Gescherweg 3. Wir erarbeiten eine Road Map zur
29 Orientierung für neue Studierende, wie sie am besten Wohnraum finden. Die KSHG und das
30 Studierendenwerk haben weibliche Sozialarbeiterinnen, die sie uns „ausleihen“ würden für
31 Sozialberatungen. Es wird eine Kooperation stattfinden und wir können künftig dorthin verweisen.

32
33 Finanzreferat: Im Krisenfonds sind noch über 100.000 Euro. Letzte Woche kam eine Großspende
34 von 10.000 Euro. Es gibt sehr viele Anträge aktuell. Nächste Woche findet das Jubiläum des
35 Krisenfonds statt. Aktuell gibt es 180 Anmeldungen. Es können auch noch Studierende kommen.
36 Der Rektor will ein Grußwort sprechen.

37

- 38 Juli Sommer (Sozialistische Liste): Warum habt ihr private Wohnheime beworben?
39
40 Finanzreferat: Das hast du vielleicht falsch verstanden. Ich habe über das Breul einfach noch ein
41 bisschen mehr erfahren, wie es mit denen weitergeht.
42
43 Juli Sommer (Sozialistische Liste): Wer spendet denn alles an den Krisenfonds?
44
45 Finanzreferat: Vermögende Alumni, die der Uni sehr nahegeblieben sind. Es gibt aber auch viele
46 Einzelspenden. Online gibt es eine Liste, da kann man das nachsehen. Westlotto hat auch mal
47 gespendet. Es sind sehr verschiedene Akteure.
48
49 'bout food i guess Škulec (Die LISTE): Was ist der Allgemeine Studierendenausschuss?
50
51 Fatih Asıl (stv. Präsident): Der AStA.
52
53 Theresa Dissen, Lisa-Nicole Bücken und Maurice Schiller (AStA-Vorsitz): Hinter uns lag eine
54 arbeitsintensive Woche. Wir hatten Kampagne zum Thema „Wir nehmen Raum ein“. Wir sortieren
55 dazu nochmal einiges und erstellen eine Präsentation zum nächsten StuPa. Es waren mehr
56 Studis da als zum March for Science. Wir sind mit sehr vielen Forderungen daraus gegangen.
57 Bei den anstehenden Kommunalwahlen wollen wir uns nochmal ein Format überlegen, wie wir
58 das an die Kandidierenden herantragen können und jetzt schon an die Ratsmitglieder.
59
60 AStA-Vorsitz: Wir versuchen beim Umzug möglichst viele alte Möbel zu übernehmen.
61
62 AStA-Vorsitz: Wir sind medienwirksam gewesen. Unter anderem war Radio Q sehr aktiv und wir
63 haben dem Deutschlandfunk ein Interview gegeben.
64
65 Juli Sommer (Sozialistische Liste): Zur Kampagne: Was war die Zielsetzung, nach der ihr das
66 evaluieren werdet?
67
68 Lisa-Nicole Bücken (AStA-Vorsitz): Es haben sich ganz viele Organisationen beteiligt, die
69 ehrenamtlich aktiv sind. Es fehlt überdachter Raum für Vernetzung. Unser Schwerpunkt war zu
70 zeigen, wo wir als Studis – oder junge Menschen allgemein – überall in der Stadt sind, welche
71 Orgas es gibt und wie man sich untereinander stärken kann. Es soll nicht darum gehen, nur auf
72 sich selbst aufmerksam zu machen. Es gab viel Beteiligung trotz Regen. Wir kamen auch mit
73 Leuten ins Gespräch, die keine Studis sind. Das Thema wird kommunal nicht unbedingt gehört.
74 Vernetzung mit dem Oberbürgermeister steht auch irgendwann mal wieder an. Dafür müssen wir
75 uns noch ein sinnvolles Format überlegen.
76
77 Seitdem Frauen im Vorsitz sind, gab es kein Gespräch mehr mit ihm. Das sei mal so dahingestellt.
78
79 Maurice Schiller (AStA-Vorsitz): Ich will die Gelegenheit nutzen, noch ein paar Menschen Danke
80 zu sagen. [...]
81
82 'bout food i guess Škulec (Die LISTE): War die Kampagne eine One-AStA-Show oder nur möglich
83 wegen der externen Leute?
84

Lisa-Nicole Bücken (AStA-Vorsitz): Wir brauchten dafür Hilfe von außerhalb. Alleine können wir gar nicht so viel Raum einnehmen. Wir konnten die Planung vorab ja nur aus unserer Perspektive leisten. Wir sind dabei aber aufgrund unserer Ressourcen sehr privilegiert. Daher haben wir super viel gelernt während der Kampagne. Es war eine sehr wertvolle Woche für alle Beteiligten. Von außen wurde auch super viel reingesteckt. Teilweise wurden Veranstaltungen für uns organisiert.

Juli Sommer (Sozialistische Liste): Könnt ihr schon sagen, was die nächste Kampagne wird?

Lisa-Nicole Bücken (AStA-Vorsitz): Darüber kann ich keine Aussagen machen. Das werden die Menschen nach mir entscheiden.

Frederic Barlag (Die LISTE): Danke für die Mühen bei der Organisation. Ich kann sagen, dass ich mehr geholfen habe als Mitglieder des politischen AStA. Das würde ich sehr kritisch reflektieren.

Lisa-Nicole Bücken (AStA-Vorsitz): Autonome Referent:innen haben unglaublich viel Liebe und Zeit darein gesteckt. Wir reflektieren das intern. Das ist immer eine persönliche Frage, ob sich Menschen noch beteiligen können, oder nicht.

Das wird in der großen Präsentation noch eine Rolle spielen. Es war aber keine listenpolitische Kampagne, sondern eine des gesamten AStA.

'bout food i guess Škulec (Die LISTE): Wird die Evaluation in Zukunft zu geänderten Handeln führen?

Lisa-Nicole Bücken (AStA-Vorsitz): Davon gehen wir aus, sonst würden wir nicht evaluieren.

Pogo Wefers (Die LISTE): Ich danke Maurice für die positive und produktive Zusammenarbeit.

'bout food i guess Škulec (Die LISTE): Als Zwischenruf – Ich wollte nicht die Stimmung crashen. Ich wusste nicht, dass das kommt.

Fatih Asil (stv. Präsident): Ich bedanke mich auch im Namen des Parlamentes bei Maurice. Wir haben für die Nachwelt protokolliert, dass du zukünftig mal als Gast hier sitzen willst.

TOP 6 Weitere Berichte

Fatih Asil (stv. Präsident): Ein Rundfunksender hatte eine parallele Sitzung, konnte das aber auf morgen verschieben.

'bout food i guess Škulec (Die LISTE): Um welches Medium geht es?

Fatih Asil (stv. Präsident): Radio Q.

TOP 7 Beschluss von Protokollen

a) Protokoll der 13. Sitzung

[Vorlage SP 67/120](#)

- 129 **Abstimmungsgegenstand:** ÄA von Lennard Runkel
130 **Abstimmungsergebnis:** (23/0/0) – Damit ist der ÄA angenommen.
131
132 **Abstimmungsgegenstand:** ÄA von Juli Sommer
133 **Abstimmungsergebnis:** (21/2/0) – Damit ist der ÄA angenommen.
134
135 **Abstimmungsgegenstand:** Gesamtprotokoll
136 **Abstimmungsergebnis:** (23/0/0) – Damit ist das Protokoll angenommen.
137
138 b) Protokolle der 14. Sitzung
139 Vorlagen [SP 67/121](#) und SP 67/122
140
141 **Abstimmungsgegenstand:** Nicht-öffentliches Protokoll
142 **Abstimmungsergebnis:** (23/0/0) – Damit ist das Protokoll angenommen.
143
144 **Abstimmungsgegenstand:** Öffentliches Protokoll
145 **Abstimmungsergebnis:** (23/0/0) – Damit ist das Protokoll angenommen.
146
147 c) Protokolle der 15. Sitzung
148 Vorlagen [SP 67/123](#) und SP 67/124
149
150 **Abstimmungsgegenstand:** ÄA von Niklas Niemann
151 Fatih Asil (stv. Präsident): Als Protokollant übernehme ich den
152 Änderungsantrag.
153
154 **Abstimmungsgegenstand:** Nicht-öffentliches Protokoll
155 **Abstimmungsergebnis:** (23/0/0) – Damit ist das Protokoll angenommen.
156
157 **Abstimmungsgegenstand:** Öffentliches Protokoll
158 **Abstimmungsergebnis:** (23/0/0) – Damit ist das Protokoll angenommen.
159
160
161 d) Protokoll der 16. Sitzung
162 Vorlage [SP 67/125](#)
163
164 **Abstimmungsgegenstand:** Öffentliches Protokoll
165 **Abstimmungsergebnis:** (23/0/0) – Damit ist das Protokoll angenommen.
166

167 **TOP 8** *Umsetzung von Ausschüssen und Kommissionen*

168
169 Es liegen keine Anträge vor.

170 **TOP 9** *Bestätigung der Ernennung einer Referentin*

171 Bewerbung von Helena Eckhardt (Juso-HSG) als AStA-Referentin für Hochschulpolitik
172 Vorlage [SP 67/119](#)

173
174 Helena Eckhardt (Juso-HSG) stellt sich vor.
175
176 Frederic Barlag (Die LISTE): [...] Wie ist das passiert?
177
178 Helena Eckhardt (Juso-HSG): Ich sehe da keinen Zusammenhang.
179
180 Jacky Wefers (Die LISTE): Du erwähnst, dass du Bewusstsein für hochschulpolitische Themen
181 schaffen willst. Welche brauchen denn besondere Sichtbarkeit?
182
183 Helena Eckhardt (Juso-HSG): Das BAföG-Thema und die Wohnsituation. Die bereits
184 bestehenden Angebote für Studierende müssen sichtbarer werden.
185
186 'bout food i guess Škulec (Die LISTE): Empfindest du dich als cis-Mann?
187
188 Helena Eckhardt (Juso-HSG): Nein.
189
190 Juli Sommer (Sozialistische Liste): Bist du über die SPD zur Juso-HSG gekommen? Hast du
191 Meinungen zur Sichtbarkeit der Hochschulwahlen?
192
193 Helena Eckhardt (Juso-HSG): Die sollte erhöht werden. Da geht noch einiges.
194
195 'bout food i guess Škulec (Die LISTE): Bist du dir deiner baldigen hierarchischen Hochstellung
196 bewusst? Wie wirst du mit dem Rektor umgehen?
197
198 Helena Eckhardt (Juso-HSG): Hoffentlich in guter Zusammenarbeit im Interesse unserer
199 Studierendenschaft.
200
201 Pogo Wefers (Die LISTE): Vielen Dank, dass du dich vorstellst und den Fragen stellst. Zu
202 Podiumsdiskussionen: Wie stellst du dir das vor? Nach welchem Maßstab möchtest du Gäste
203 einhalten?
204
205 Helena Eckhardt (Juso-HSG): Nach denen der freiheitlichen Grundordnung.
206
207 Frederic Barlag (Die LISTE): Du wirst ein Monat Teil des AStA sein, wenn studentische Wahlen
208 stattfinden. Wie planst du mehr Wahlbeteiligung zu erreichen?
209
210 Helena Eckhardt (Juso-HSG): Noch ist die Wahl nicht. Man kann weiterhin medial dafür werben.
211
212 Madita Fester (Juso-HSG): Die ganze Arbeit zu diskreditieren finde ich sehr unverschämt. Es gibt
213 andere Städte mit sehr viel niedrigerer Wahlbeteiligung.
214
215 Leon Lederer (Juso-HSG): Was ist dein politisches Herzensthema?
216
217 Helena Eckhardt (Juso-HSG): Dass wir eine Gesellschaft bleiben bzw. werden, in der Vielfalt die
218 Regel ist.
219

220 Jacky Wefers (Die LISTE): Du willst Menschen nicht exkludieren. Warum nutzt du den Begriff
221 FINTA und nicht FLINTA?
222

223 Juli Sommer (Sozialistische Liste): Kannst du deine politische Weltanschauung beschreiben?
224

225 Helena Eckhardt (Juso-HSG): Keinen Bedarf an der Stelle.
226

227 'bout food i guess Škulec (Die LISTE): Du willst nicht, dass Leute aus ihrer Heimat vertrieben
228 werden. Wie kann ich den rechtsaufgeladenen Begriff verstehen?
229

230 Helena Eckhardt (Juso-HSG): Wie man Heimat definiert ist jedem selbst überlassen, oder?
231

232 'bout food i guess Škulec (Die LISTE): Klar, aber ich frage dich.
233

234 GO-Antrag auf Schließung der Redeliste.
235

236 Frederic Barlag (Die LISTE): Gegenrede. Der Antrag wurde dargelegt mit der Möglichkeit, noch
237 „sinnvolle“ Redebeiträge zuzulassen. [...] Ich bitte um Zurückziehen des GO-Antrags.
238

239 **Abstimmungsgegenstand:** GO-Antrag auf Schließung der Redeliste

240 **Abstimmungsergebnis:** (19/2/2) – Damit ist der Antrag angenommen.
241

242 Madita Fester (Juso-HSG): Ich finde es unmöglich. Hier steht eine Person Anfang 20 und stellt
243 sich unsinnigen Fragen. Und eine Person Anfang/Mitte 30 stolziert wie ein Macker durch den
244 Raum.
245

246 'bout food i guess Škulec (Die LISTE): Da wir erneut über das Konzept Opposition diskutieren
247 schlage ich vor, schafft sie doch einfach ab. Solange werde ich meiner Rolle nachkommen und
248 werde Leute befragen. Es ist ein formaler Akt. Ich finde es stabil, dass du dich dem stellst. Der
249 Heimatbegriff hat bei mir eben Alarmglocken ausgelöst. Willst du dich protokollrelevant nochmal
250 von rechts distanzieren?
251

252 Helena Eckhardt (Juso-HSG): Das hat keinen Zusammenhang zu meiner Antwort.
253 Dementsprechend kann ich das nicht beantworten.
254

255 **Abstimmungsgegenstand:** Ernennung von Helena Eckhardt als AStA-Referentin für
256 Hochschulpolitik

257 **Abstimmungsergebnis:** (19/0/4) – Damit ist die Ernennung bestätigt.
258

259 Jacob Hassel (CG) tritt der Sitzung um 19:37 Uhr bei.
260

261 GO-Antrag auf Fraktionspause für die Juso-HSG.
262

263 Unterbrechung bis 19:42 Uhr.
264

265 Fatih Asil (stv. Präsident): Es gibt zwei Möglichkeiten, einen Redebeitrag zu leisten: Vom Platz
266 oder vom Pult aus.
267

268 Theresa Dissen (AStA-Vorsitz): Wir stehen hier immer wieder und sagen, dass wir FLINTA-
269 Personen stärken wollen. Eure Liste schreibt sich auf die Fahne, das Patriarchat abschaffen zu
270 wollen. Menschen mutwillig falsch zu verstehen – Food, man kann Menschen auch Worte in den
271 Mund legen. In welcher Welt leben wir, in der Männer aufstehen und durch den Raum stolzieren?
272 Es gibt Menschen, die wir so vorführen müssen, aber nicht klar bekennende linke Personen, die
273 Hochschulpolitik für alle machen wollen.

274 **TOP 10** *Fraktion der Juso-HSG*

275 Wahlkampfkostenerstattung zur Wahl des 68. Studierendenparlaments

276 Vorlage [SP 67/117](#)

277

278 Leon Lederer (Juso-HSG) bringt den Antrag vor.

279

280 **Abstimmungsgegenstand:** Wahlkampfkostenerstattung zur Wahl des 68.
281 Studierendenparlaments

282 **Abstimmungsergebnis:** (24/0/0)

283 **TOP 11** *Wahl des*der stellvertretenden AStA-Vorsitzenden*

284 Leon Lederer (Juso-HSG) stellt sich vor.

285

286 Leon Lederer (Juso-HSG): Ich finde es eine bodenlose Frechheit, Frauen so anzugehen, dass
287 sie danach in Tränen ausbrechen. In so einem AStA will doch keiner arbeiten. Das war heute ein
288 Tiefpunkt und tut mir persönlich sehr weh. An Maurice auch nochmal meinerseits ein großes
289 Dankeschön. Du bist ein Vorbild für mich in diesem Amt. [...]

290

291 ?: Willst du die Zusammenarbeit mit der Katho und FH vertiefen?

292

293 Leon Lederer (Juso-HSG): Prinzipiell ja. Wir haben als Studierende auch an verschiedenen
294 Standorten ähnliche Interessen.

295

296 Jacky Wefers (Die LISTE): Du hast in deiner Eingangsrede mich als Frau dafür verurteilt, dass
297 ein Mann meiner Liste sich hier nicht richtig verhält. Warum werde ich dafür verantwortlich
298 gemacht? Auch für mich in der Oppositionsarbeit ist es nicht leicht. Ich finde die Kritik super
299 unberechtigt. Es ist nicht das erste Mal, dass ich hier sitze und es mir schlecht geht. Ich will nicht,
300 dass das dein Einstand ist.

301

302 Leon Lederer (Juso-HSG): Die Verantwortung liegt bei der Person, da hast du vollkommen recht.
303 Ich hoffe, es ist klar geworden, wie ich mit FLINTA*-Personen umgehen möchte. Es wurde
304 mehrfach darüber gesprochen, dass das Verhalten dieser Fraktion nicht angemessen ist. Aber
305 es liegt auch in der Verantwortung des Vorstands bzw. der ersten Person auf der Liste, das
306 anzugehen.

307

308 Frederic Barlag (Die LISTE): Wir als die LISTE trennen zwischen Fraktion und Wahlliste sehr
309 sauber. Wirst du als stellvertretender Vorsitz ebenso gut für Theresa arbeiten, wie zuvor? Planst
310 du dich wiederwählen zu lassen?

311

- 312 Leon Lederer (Juso-HSG): Ja. Ich will nicht den Status Quo erhalten. Ich will in die politische
313 Gestaltung kommen. Natürlich werde ich mit beiden gut zusammenarbeiten wollen.
314
- 315 Theresa Dissen (AStA-Vorsitz): Ich will meinen Redebeitrag von eben auf alle FLINTA*-Personen
316 ausweiten.
317
- 318 Frederic Barlag (Die LISTE): Leon, du bist erst seit Kurzem dabei. Könntest du deine Erfahrungen
319 und Kompetenzen darstellen?
320
- 321 Leon Lederer (Juso-HSG): Du hast selbst gesagt, dass ich durch klare Aussagen besteche. Ich
322 kann mit ungeahnten Situationen gut umgehen. Die Arbeit im Finanzreferat zeigt, dass ich ein
323 gewisses Maß an Organisationstalent mitbringe.
324
- 325 'bout food i guess Škulec (Die LISTE): Empfindest du dich als cis-Mann?
326
- 327 Leon Lederer (Juso-HSG): Ja.
328
- 329 Frederic Barlag (Die LISTE): Bist du immer noch rot und textsicher bei der Internationalen?
330
- 331 Leon Lederer (Juso-HSG): Ich stehe für Solidarität, Freiheit und Gerechtigkeit.
332
- 333 Madita Fester (Juso-HSG): Welcher feministischen Strömung würdest du dich zuordnen und
334 welchen feministischen Text hast du zuletzt gelesen?
335
- 336 Leon Lederer (Juso-HSG): Ich freue mich über Vorschläge, denn ich muss gestehen, dass ich da
337 Lücken habe. Es ist ein Kampf gegen Diskriminierung [...] Mir werden nicht dieselben schlimmen
338 Fragen gestellt, wie meinen Vorrednerinnen.
339
- 340 Juli Sommer (SL): Warum werden die Zustände immer schlechter [...]?
341
- 342 Leon Lederer (Juso-HSG): Da liegt vieles leider nicht in unserer Hand. Es wird versäumt, für
343 Bildungsgerechtigkeit zu sorgen. Ich trete an, um das zu verbessern.
344
- 345 'bout food i guess Škulec (Die LISTE): Da du dich ja als Mann diesen Fragen stellst und den
346 FLINTA absprichst, frei zu antworten, will ich deine Eignung prüfen und zwei geschlossene
347 Fragen stellen: Wirst du dich gegen den Hochschulrat stellen?
348
- 349 Leon Lederer (Juso-HSG): Ich weiß zu wenig über den Hochschulrat, ich glaube, das ist das
350 Problem. [...] Daher: ja.
351
- 352 Niklas Klasen (Juso-HSG): Was ist deine wichtigste Forderung an den OB?
353
- 354 Leon Lederer (Juso-HSG): Die Wohnraumsituation in Münster ist katastrophal. Ich erwarte, dass
355 dieses Problem angegangen wird. Planungsbeschleunigung, Ausschreibung von neuen Flächen
356 – Dass das seit Jahrzehnten nicht funktioniert, ist peinlich.
357
- 358 Juli Sommer (Sozialistische Liste): Irgendwie haben die Unis kein Geld. Ich frage mich, wohin
359 das geht. Wahrscheinlich in die Aufrüstung. Willst du dagegen vorgehen?

360
361 Leon Lederer (Juso-HSG): Mir ist nicht bewusst, dass wir hier die nächste Bombe bauen. Wir
362 werden dazu in Gespräche gehen.
363
364 Pogo Wefers (Die LISTE): Ich würde mir wünschen, dass du deine Gestik und Wortwahl nochmal
365 reflektierst hinsichtlich FLINTA*. [...]
366
367 Leon Lederer (Juso-HSG): In der Rückschau muss ich mich für einige Punkte entschuldigen. Ich
368 werde das weiter reflektieren. Die Fachschaftsfinanzierung müssen wir neu überdenken.
369
370 Juli Sommer (Sozialistische Liste): [bzgl. der Unterbindung einer Veranstaltung]
371
372 Leon Lederer (Juso-HSG): Als Rechtsaufsicht werde ich den BDS-Beschluss durchsetzen.
373
374 Theresa Dissen (AStA-Vorsitz): Wir werden nichts unterbinden.
375
376 Frederic Barlag (Die LISTE): Ich möchte dem RCDS eine Frage vorwegnehmen. Welchen
377 internationalen Haftbefehl findest du momentan am spannendsten?
378
379 Leon Lederer (Juso-HSG): Ich finde die Frage interessant, aber sehe keinen Zusammenhang zu
380 meinem Amt.
381
382 'bout food i guess Škulec (Die LISTE): Wirst du dich als Platz 3 der Studi-Hierarchie dafür
383 einsetzen, dass die breite Studierendenschaft erfährt, wann und wo der antidemokratische
384 Hochschulrat tagt?
385
386 Leon Lederer (Juso-HSG): Ich weiß nicht, ob ich das darf. Ansonsten weiß ich nicht, was dem
387 entgegenstehen sollte, das zu berichten.
388
389 Frederic Barlag (Die LISTE): Was hoffst du tatsächlich zu erreichen?
390
391 Leon Lederer (Juso-HSG): Ich würde zuerst an den strukturellen Problemen im AStA ansetzen.
392
393 'bout food i guess Škulec (Die LISTE): Schade. Da du kein klares Ja ins Protokoll geben konntest,
394 scheint mir das als Diskrepanz zu deiner ersten Aussage. Wie sollen wir denn eine Demo gegen
395 diesen antidemokratischen Scheiß machen, wenn wir nicht mal wissen, wann und wo die tagen?
396
397 Leon Lederer (Juso-HSG): Ich bin an Recht und Gesetz gebunden. Deine Kritik ist aber
398 berechtigt. Ich werde gerne prüfen, was man tun kann.
399
400 GO-Antrag auf sofortige Abstimmung von Frederik Salomon (RCDS).
401
402 Keine Gegenrede.
403
404 Fatih Asil (stv. Präsident): Gibt es weitere Wahlvorschläge?
405
406 'bout food i guess Škulec (Die LISTE): Jeder andere.
407

408 Fatih Asil (stv. Präsident): Das ist zu unbestimmt.

409

410 Es wird geheim abgestimmt.

411

412 Matthias Lehmann (RCDS) und Frederik Salomon (RCDS) verlassen die Sitzung nach
413 Stimmabgabe um 20:35 Uhr.

414

415 **Abstimmungsgegenstand:** Wahl von Leon Lederer zum stellvertretenden AStA-
416 Vorsitzenden

417 **Abstimmungsergebnis:** (18/4/0) – Damit ist Leon Lederer zum stellvertretenden
418 AStA-Vorsitzenden gewählt. Er nimmt die Wahl an.

419 **TOP 12 Bestätigung der Ernennung einer Referentin**

420 Bewerbung von Rieke Evers (Juso-HSG) als AStA-Finanzreferentin

421 Vorlage [SP 67/126](#)

422

423 Rieke Evers (Juso-HSG) stellt sich vor.

424

425 Pogo Wefers (Die LISTE): Ich freue mich, dass eine FLINTA*-Person zu diesem Amt gefunden
426 hat. Nimm ihn nicht so böse und ernst, dann ist alles cool. Wie planst du die Zusammenarbeit mit
427 den Fachschaften?

428

429 Rieke Evers (Juso-HSG): Ich freue mich auf die Zusammenarbeit.

430

431 Theresa Dissen (CG): Es ist nicht die Aufgabe einer Frau, Männer dazu anzuhalten, sich zu
432 benehmen.

433

434 Frederic Barlag (Die LISTE): Als Juristin hast du mit mir als Theologen gemein, dass dir ein
435 Klischee anhaftet. Würdest du sagen, dass du dich zu wenig auf das Wesentliche konzentrierst?
436 Wie zuversichtlich bist du, dass du gut eingearbeitet wurdest und wirst?

437

438 Rieke Evers (Juso-HSG): Ich bin Jura-Studentin, keine Juristin. Und ganz doll zuversichtlich.

439

440 Lisa-Nicole Bücken (CG): Was wäre dein politisches Herzensthema, wofür du dich gerne
441 einbringen würdest?

442

443 Rieke Evers (Juso-HSG): Ich finde es wichtig, dass möglichst viele Menschen teilhaben können
444 und die Welt gerechter wird.

445

446 Lennard Runkel (kommissarisch im AStA-Finanzreferat): Danke, dass du das Amt übernimmst.
447 Ich freue mich sehr auf die Zusammenarbeit. Was ist 56 – 0?

448

449 Rieke Evers (Juso-HSG): 56.

450

451 Frederic Barlag (Die LISTE): Du schreibst von Vorerfahrungen. Planst du dem AStA zeitnah eine
452 neue Steuerberatung zu organisieren?

453

- 454 Rieke Evers (Juso-HSG): Weiß ich nicht, kein Kommentar.
455
456 ? : Was inspiriert dich denn an Finanzen?
457
458 Rieke Evers (Juso-HSG): Ich finde Verwaltungstätigkeiten toll.
459
460 Frederic Barlag (Die LISTE): Du willst dich auch für das Wohnraum-Camp einsetzen. Was hat
461 dich daran so angesprochen?
462
463 Rieke Evers (Juso-HSG): Kein Kommentar.
464
465 Juli Sommer (Sozialistische Liste): Wie möchtest du den Krisenfonds ausbauen?
466
467 Rieke Evers (Juso-HSG): Kein Kommentar. Soweit bin ich noch nicht eingearbeitet.
468
469 **Abstimmungsgegenstand:** Ernennung von Rieke Evers als AStA-
470 Finanzreferentin
471 **Abstimmungsergebnis:** (16/5/0) – Damit ist die Ernennung bestätigt.
472
473 Fatih Asil (stv. Präsident): Wir müssen an unserer Diskussionskultur arbeiten. [Er spricht Dank,
474 insbesondere an die Juso-Hochschulgruppe, aus und wünscht den Anwesenden alles erdenklich
475 Gute.]
476
477 Fatih Asil (stv. Präsident) beendet die Sitzung um 20:50 Uhr.

Änderungsantrag an das Protokoll der 17. Sitzung des 67. Studierendenparlaments

Lennard Runkel

So 22.06.2025 16:03

An:Präsidium des Studierendenparlaments <stupa@uni-muenster.de>; Zentraler Wahlausschuss <zwa.2025@uni-muenster.de>;

Liebes Präsidium, lieber ZWA,

hiermit beantrage ich die folgende Änderungen am Protokoll der 17. Sitzung des 67. Studierendenparlaments:

Ersetze in in den Zeilen 27, 33, 40 und 45 "*Finanzreferat*" durch "*Referat für Soziales und Wohnen*"

Begründung: Wie sich aus dem Inhalt der Redebeiträge ergibt, handelt es sich bei den Redebeiträgen um solche des Referats für Soziales und Wohnen.

Liebe Grüße
Lennard Runkel

Protokoll

der 1. Sitzung des 68. Studierendenparlaments

**Präsidium des
Studierendenparlaments**
68. Legislaturperiode

Lennard Runkel (Präsident)
Katharina Schmitt (Stv. Präsident)
Eva Darnstädt (Stv. Präsident)

Die konstituierende Sitzung des 68. Studierendenparlaments der Universität Münster fand am 23.06.2025 um 18 Uhr c.t. als ordentliche Sitzung in Hörsaal S 1 (Schlossplatz 2, 48149 Münster) statt und wurde von Lennard Runkel (Präsident) geleitet.

c/o AStA der Universität Münster,
Schlossplatz 1, 48149 Münster

stupa@uni-muenster.de
www.stupa.ms

Münster, den 23. Juni 2025

Das vorliegende Protokoll wurde von Jessica Best verfasst.

Tagesordnung

TOP 1	<i>Begrüßung</i>	1
TOP 2	<i>Feststellung der Beschlussfähigkeit</i>	1
TOP 3	<i>Wahl der Protokollführung</i>	1
TOP 4	<i>Beschluss der Geschäftsordnung</i>	1
TOP 5	<i>Feststellung der Tagesordnung</i>	1
TOP 6	<i>Wahl des Präsidiums</i>	1
TOP 7	<i>Besetzung von Ausschüssen und Kommissionen</i>	2
TOP 8	<i>Finanzantrag der Beauftragung Studierende mit Kind für das Familiensommerfest i.H.v. 1.332 €</i> 4	
TOP 9	<i>Beschluss alter Protokolle</i>	4
TOP 10	<i>Berichte aus dem AStA</i>	4
TOP 11	<i>Weitere Berichte</i>	6
TOP 12	<i>Die LISTE: Kein Geld für Scheiße</i>	8
TOP 13	<i>Wahlanfechtung bezüglich der ASV-Wahl (Wahlkreis 2)</i>	9
TOP 14	<i>Antrag auf Änderung der Wahl- und Urabstimmungsordnung</i>	9

Anwesenheitsliste

der Mitglieder des Studierendenparlaments

	CampusGrün	Von	Bis
1	Theresa Dissen	18:16	20:29
2	Lenja Wiedemann	18:16	20:29
3	Lisa-Nicole Bücken	18:16	20:29
4	Markus Schieferdecker	18:16	20:29
5	Sebastian Schick	18:16	20:29
6	Daniel Cruismann	18:16	19:30
7	Lennard Runkel	18:16	20:29
8	Laurenz Schulz	18:16	20:29
9	Eva Russow	18:16	20:29
10	Niklas Padberg	18:16	20:29
11	Johannes Schick	18:16	20:29
12	Leyla Höller	18:16	20:29
13	Lennart Hartjes	18:16	20:29

	Juso-HSG		
1	Katharina Schmitt	18:16	19:30
2	Lucy Eggert	18:16	20:29
3	Abrafi Owusu Sekyere	18:16	20:29
4	Kira Pollmann	18:16	20:29
5	Noah Preis	18:16	20:29
6	Max Wilke	18:16	20:29

	RCDS	Von	Bis
1	Niklas Niemann	18:16	20:29
2	Amelie Michallek	18:16	20:29
3	Eva Darnstädt	18:16	20:29
4	Tobias Reufer	18:16	20:29
5	Paul Haas	18:16	20:29

	Sozialistische Liste		
1	Juli Sommer	18:16	20:29
2	Jakob Rutenbeck	18:16	20:29
3	Benjamin Fobbe	18:16	19:56
4	Raban Eckert	18:16	20:29

	LHG		
1	Luca Sandscheiper	18:16	20:29
2	Laila Fiedler	–	–

	Die LISTE		
1	Simon „Pogo“ Wefers	18:16	20:29

CG CampusGrün
LISTE Die LISTE

RCDS Ring Christlich-Demokratische Studenten
Juso-HSG Juso-Hochschulgruppe

SL Sozialistische Liste
LHG Liberale Hochschulgruppe

Alle Abstimmungsergebnisse ohne weitere Kennzeichnung erfolgen in der Form:
(Ja-Stimmen/Enthaltung/Nein-Stimmen)

1 **TOP 1** *Begrüßung*

2 Miles Nilius (stv. Wahlleiter) begrüßt die Anwesenden um 18:16 Uhr.

3 **TOP 2** *Feststellung der Beschlussfähigkeit*

4 Es sind 30 von 31 Parlamentarier:innen anwesend (die Anwesenheit ist der obigen Tabelle zu
5 entnehmen). Das Studierendenparlament ist somit beschlussfähig.

6 **TOP 3** *Wahl der Protokollführung*

7 Jessica Best wird einstimmig als Protokollführerin bestätigt.

8 **TOP 4** *Beschluss der Geschäftsordnung*

9 Miles Nilius (stv. Wahlleiter): Wir schlagen als Geschäftsordnung des 68.
10 Studierendenparlaments die Geschäftsordnung des 67. Studierendenparlaments vor:
11 [https://stupa.ms/wp-content/uploads/Legislaturen/67/SP/2024-10-](https://stupa.ms/wp-content/uploads/Legislaturen/67/SP/2024-10-21%20Gesch%C3%A4ftsordnung.pdf)
12 [21%20Gesch%C3%A4ftsordnung.pdf](https://stupa.ms/wp-content/uploads/Legislaturen/67/SP/2024-10-21%20Gesch%C3%A4ftsordnung.pdf)

13 **Abstimmungsgegenstand:** Beschluss der Geschäftsordnung

14 **Abstimmungsergebnis:** (30/0/0) – Damit ist die Geschäftsordnung beschlossen.

15 **TOP 5** *Feststellung der Tagesordnung*

16 Laurenz Schulz (CampusGrün): Vorschlag, TOP 11 mit TOP 7 zu tauschen.
17 Keine Gegenrede.

18 **TOP 6** *Wahl des Präsidiums*

19 Nicolas Stursberg (Wahlleiter): Lennards Bewerbung liegt als einzige vor.

20 Lennard Runkel (CampusGrün) stellt sich vor.

21 Pogo Wefers (Die LISTE): Soenke hat immer viel Wert auf Neutralität in der Ausführung des Amts
22 gelegt. Kannst du dem gerecht werden, auch mal unliebsame Entscheidungen treffen zu
23 müssen?

24 Lennard Runkel (CampusGrün): Menschen, die mich kennen, wissen, dass wir relativ
25 typenähnlich sind. Ich bin als Jurastudent auch eher etwas technokratisch. Ich muss in das Amt
26 reinwachsen und werde mich sehr bemühen. Ich scheue mich nicht davor, unliebsame Positionen
27 zu äußern. Als Sitzungsleitung werde ich mich zurückhalten.

28 Niklas Niemann (RCDS): Wie stellst du dir die Zusammenarbeit im Präsidium vor?

29 Lennard Runkel (CampusGrün): Ich werde mich um Einladungen, Beschlüsse und Protokolle
30 kümmern. Die andere Person kümmert sich um An- und Abmeldung. So was es bisher. Wir
31 schauen, wie wir das regeln können.

32 Juli Sommer (Sozialistische Liste): Wie könnte man Zugänglichkeit und Transparenz schaffen,
33 sodass mehr Menschen herkommen?

34

35 Lennard Runkel (CampusGrün): Es mag daran liegen, dass Sitzungen schon mal vier Stunden
36 dauern. Mir sind niedrigschwellige Angebote wichtig. Daher auch mein Fokus auf den Instagram-
37 Account. Ich alleine kann daran nicht so viel ändern, fürchte ich.

38 **Abstimmungsgegenstand:** Wahl von Lennard Runkel zum StuPa-Präsidenten

39 **Abstimmungsergebnis:** (24/3/2 ungültig) – Damit ist Lennard Runkel zum StuPa-
40 Präsidenten gewählt.

41 Katharina Schmitt (Juso-HSG) stellt sich als Kandidatin für das stellvertretende Präsidium vor.

42 Pogo Wefers (Die LISTE): Wie siehst du auf die zukünftige Arbeit im Präsidium was potenzielle
43 Konflikte angeht?

44 Katharina Schmitt (Juso-HSG): [Antwort nicht hörbar]

45 Frederic Barlag: Was ist wichtiger? Ein gut funktionierendes Parlament oder ein handlungsfähiger
46 AStA?

47 Katharina Schmitt (Juso-HSG): Ich schätze das Parlament.

48 Eva Darnstädt (RCDS) stellt sich vor.

49 Pogo Wefers wiederholt seine Frage zur Zusammenarbeit und Neutralität.

50 Eva Darnstädt (RCDS): Ich finde Neutralität ist eine Selbstverständlichkeit im Präsidium. Wir
51 wollen auf respektvolle Art und Weise handeln.

52 **Abstimmungsgegenstand:** Wahl von Katharina Schmitt (Juso-HSG) und Eva
53 Darnstädt (RCDS) zu stv. StuPa-Präsidentinnen.

54 **Abstimmungsergebnis:** (25/5/0) – Damit sind beide gewählt. Sie nehmen die Wahl
55 an.

56 **TOP 7** Besetzung von Ausschüssen und Kommissionen

57 1. Haushaltsausschuss

58 Wahlliste 1 (Sozialistische Liste)

Ordentliches Mitglied	1. Stellvertretung	2. Stellvertretung
Raban Eckert	Vincent Musebrink	Juli Penno

59 Wahlliste 2 (RCDS)

Ordentliches Mitglied	1. Stellvertretung	2. Stellvertretung
Eva Darnstädt	Pascal Gartenschläger	Louis Mevenkamp

60 Wahlliste 3 (CampusGrün und Juso-HSG)

Ordentliches Mitglied	1. Stellvertretung	2. Stellvertretung
Eva Russow	Rahel Schwarz	Lennard Runkel
Hannah Wirtz	Nelly Heine	Jorma Krupp
Niklas Padberg	Till Pauly	Sina Kaper
Ilayda Dogan	Katharina Schmitt	Max Deicke
Paul Wirth	Lucy Eggert	Max Wilke

61 Wahlergebnis

Wahlliste	Stimmen	Ausschusssitze
1 (Sozialistische Liste)	4	1
2 (RCDS)	6	1
3 (CampusGrün und Juso-HSG)	19	5

62 2. Vergabeausschuss

63 Wahlliste 1 (RCDS)

Ordentliches Mitglied	1. Stellvertretung	2. Stellvertretung
Mirko Weichert	Eva Darnstädt	Maximilian Jandt

64 Wahlliste 2 (CampusGrün und Juso-HSG)

Ordentliches Mitglied	1. Stellvertretung	2. Stellvertretung
Rahel Schwarz	Sophie Vogelsang	Joscha Jacobi
Nicolas Stursberg	Nelly Heine	
Julia May	Samuel Schulze	
Lena Straub	Eva Russow	
Tom Hülk	Julie Gawryluk	

65 Wahlergebnis

Wahlliste	Stimmen	Ausschusssitze
1 (RCDS)	6	1
2 (CampusGrün und Juso-HSG)	19	6

66 3. Herausgeber*innenausschuss

67 Wahlliste 1 (RCDS)

Ordentliches Mitglied	1. Stellvertretung	2. Stellvertretung
Paul Haas	Carolyn Wielage	Christian Vorring

68 Wahlliste 2 (CampusGrün und Juso-HSG)

Ordentliches Mitglied	1. Stellvertretung	2. Stellvertretung
Celina Lea Boss	Paula Klindt	
Hannah Wirtz	Sebastian Schick	
Samuel Schulze	Alban Dietzenbach	
Joscha Jacobi	Eva Russow	
Theresa Kemper	Mateo Adan Candia Ferreira	Emma Würffel

69 Wahlergebnis

Wahlliste	Stimmen	Ausschusssitze
1 (RCDS)	6	1
2 (CampusGrün und Juso-HSG)	19	6

70 Lisa-Nicole Bucker (CampusGrün): So müssen wir Menschen nachnominieren, oder? Wir haben
71 ja nur 5 Leute geschickt.

72 Lennard Runkel (Präsident): Davon gehe ich aus. Ich reiche die Info nach.

73 Protokollnotiz des Präsidenten: Die Wahllisten von CampusGrün und Juso-HSG für den
74 Vergabeausschuss und den Herausgeber*innenausschuss enthielten nur fünf Kandidierende.
75 Obwohl dieser Liste rechnerisch sechs Plätze zustünden, werden die Ausschusssitze bis zu

einer Neuwahl der Ausschüsse nun nur mit fünf Mitgliedern besetzt, da das Studierendenparlament nur diese Mitglieder tatsächlich auch gewählt wurden. Das Privileg der Nachbesetzung von Ausschussplätzen unter Wahrung der ursprünglichen Wahlergebnisse gilt nach dem Wortlaut von § 16 Absatz 1 Satz 3 der Satzung der Studierendenschaft nur für die Plätze ausscheidender Mitglieder. Da auf diese beiden Plätze keine Personen gewählt wurden, können sie folglich auch nicht nachbesetzt werden. Die Größe des Vergabeausschusses und des Herausgeber*innenausschuss verringert sich somit gemäß § 16 Absatz 1 Satz 4 der Satzung der Studierendenschaft, solange das Studierendenparlament nicht nach § 41 Absatz 3 Satz 1 seiner Geschäftsordnung die Neuwahl der Ausschüsse zur darauffolgenden Sitzung beschließt und einen Ausschuss mit sieben Mitgliedern wählt.

TOP 8 *Finanzantrag der Beauftragung Studierende mit Kind für das Familiensommerfest i.H.v. 1.332 €*

Laurenz Schulz (CampusGrün): Die Beauftragung ist an mein Referat angegliedert. Das Fest findet zum vierten Mal statt vor dem Schloss. Es gibt Hüpfburgen, Kinderschminken, Getränke und Snacks mit Live-Events. Das ist immer gut besucht. Die Finanzierung durch das Studierendenwerk fällt dieses Jahr weg. Wir möchten einen Musik-Act finanzieren. Es geht um ein Honorar zzgl. Künstlersozialkasse, Technik etc. Der HHA hat sich dafür ausgesprochen, den Antrag anzunehmen.

Jacky Wefers (Die LISTE): Ich fände es gut, wenn wir mal nachhaken, warum das nicht weiter gefördert wird. Ich bin nicht dagegen, das Geld zu geben, aber perspektivisch wäre das gut zu wissen und nicht einfach so hinzunehmen.

Lisa-Nicole Bucker (CampusGrün): Ich finde, das ist ein guter Punkt, damit sie wissen, dass wir mitkriegen, dass sie studentische Gelder streichen.

Abstimmungsgegenstand: Finanzantrag der Beauftragung Studierende mit Kind für das Familiensommerfest i.H.v. 1.332 €

Abstimmungsergebnis: (30/0/0) – Damit ist der Antrag angenommen.

TOP 9 *Beschluss alter Protokolle*

Pogo Wefers (Die LISTE): GO-Antrag auf Vertagung, da das Protokoll erst Freitagabends eingegangen ist. Ich würde gerne einige Aussagen konkretisieren.

Keine Gegenrede. Der GO-Antrag ist damit angenommen.

TOP 10 *Berichte aus dem AStA*

Leon Lederer (AStA-Vorsitz): Wir hatten Kontakt mit der DB. Es soll ein studifreundlicheres Online-Ticket geben. Ich werde nochmal dazu berichten, wenn es durch ist. Wir hatten ein Gespräch mit der psychologischen Beratung, Eva. Die Situation ist nicht gerade rosig, das hat sie uns widerspiegeln können. Mehr Leute nehmen ihr Angebot in Anspruch. Es dauert lange, bis sie Ersttermine annehmen kann. Sie will ihre Stunden bei uns aufstocken.

- 113 Theresa Dissen (AStA-Vorsitz): Wir dürfen uns einer IVV angliedern. Der Vertrag wird
114 unterschrieben. Die Parkplaketten für unsere Bullis kommen.
- 115 Lisa-Nicole Bücken (AStA-Vorsitz): In den nächsten Sitzungen können wir viele neue Menschen
116 im Amt bestätigen. Es stehen Wechsel in den Referaten bevor. Wir haben viel Kontakt zu
117 Fachschaften und Hochschulgruppen, die ihre Sommerfeste veranstalten wollen. Wir haben viele
118 Mitarbeitendengespräche. Wir wollen Serviceangebote erhalten und den AStA auf sichere Beine
119 stellen.
- 120 Lennard Runkel (Präsident): Wird es eine Lösung für das Semesterticket auf dem Handy geben
121 ohne PDF?
- 122 Leon Lederer (AStA-Vorsitz): Dazu habe ich noch keine Informationen.
- 123 Pogo Wefers (Die LISTE): An welche IVV wird der AStA angegliedert?
- 124 Leon Lederer (AStA-Vorsitz): IVV 7.
- 125 Frederic Barlag: Ich würde mich freuen, wenn die Umbesetzungen im AStA schriftlich rumgesandt
126 werden. Sind die Parkplaketten die, mit denen man überall parken darf, oder nur hier?
- 127 Theresa Dissen (AStA-Vorsitz): Nur hier, aber man munkelt, dass es auch auf anderen Plätzen
128 funktioniert.
- 129 Leon Lederer (AStA-Vorsitz): Das wird euch noch zugesandt, wenn alle Referent:innen
130 eingetreten sind, sodass sie in einem StuPa bestätigt werden können.
- 131 Laurenz Schulz (Referat für Soziales und Wohnen): Die Einarbeitung läuft wunderbar. Am 04.
132 Juni war das Krisenfonds-Jubiläum mit Live-Musik und Begrüßungsrede des Rektors. Wir wurden
133 interviewt zu dem Angebot und haben erklärt, wie die Gelder der Spender:innen verwaltet werden.
134 An unseren AStA-Stand kamen vier Leute, der war nicht so gut besucht. Wir planen das Ersti-
135 Camp und machen große Fortschritte. Genauerer berichte ich noch. Ansonsten gab es viel
136 Alltagsgeschäft.
- 137 Frederic Barlag: Das Ersti-Camp ist diese traurige Veranstaltung zur Unterbringung von Studis?
138 Gab es die Möglichkeit beim Jubiläum zu erwähnen, wie traurig es ist, dass der Krisenfonds noch
139 immer notwendig ist?
- 140 Laurenz Schulz (Referat für Soziales und Wohnen): Von vielen Stellen wurde uns zumindest
141 gedankt, dass wir das machen. Es war eine schlechtere Gartenparty, ja.
- 142 Theresa Dissen (AStA-Vorsitz): 200 Leute, die verbindlich zugesagt hatten, sind dann doch nicht
143 gekommen.
- 144 Frederic Barlag: Ich hätte eine konkrete Frage an das Referat für Mobilität. Während der
145 Kampagnenwoche ist angekommen, warum AStA-Bullis nicht überall an der Uni parken können.
146 Hat sich da was entwickelt?
- 147 Lisa-Nicole Bücken (AStA-Vorsitz): Wir haben da nachgehorcht. Mein Gefühl ist, dass man
148 darüber sprechen kann, wenn wir weiter mehr Druck aufbauen.
- 149 Frederic Barlag: An das Referat für Kultur: Eine neue Fußballsaison steht an. Gab es Gespräche
150 mit Preußen Münster, dass es dieses Jahr reibungslos laufen wird?

151 Lisa-Nicole Bücken (AStA-Vorsitz): Terminvorschläge standen und dann wurden wir gehostet.
152 Wir müssen die direkt ansprechen.

153 Theresa Dissen (AStA-Vorsitz): Die Tickets können jetzt schon alle von uns gedownloadet
154 werden.

155 Juli Sommer (Sozialistische Liste): Habt ihr eine Evaluation zur Kampagne?

156 Lisa-Nicole Bücken (AStA-Vorsitz): Wir hatten AStA-intern unsere Sitzung, haben aber den
157 Bericht fürs StuPa noch nicht fertig. Das wird kommen, aber es soll eine Reflexion mit was
158 dahinter werden und nicht nur Bilder.

159 Jacky Wefers (Die LISTE): Von mir als Fachschaftenbeauftragte: Dieses Jahr war wohl die
160 Werbung nicht so sichtbar und der Stupamat kam relativ spät. Das können wir vielleicht
161 mitnehmen fürs nächste Mal.

162 Theresa Dissen (AStA-Vorsitz): Voll wichtiger Hinweis. Es gab wohl technische Probleme mit der
163 Website, daher ging es leider nicht eher.

164 Jakob Rutenbeck (Sozialistische Liste): Ich habe auch von Fachschaften und StuPa-Listen
165 gehört, dass die Zeit sehr knapp war, Formulare zur Listenbewerbung einzureichen.

166 Nicolas Stursberg (Wahlleiter): Wir haben einen neuen Raum bekommen, daher hat sich das
167 etwas verzögert. Dazu haben wir auch heute noch einen Antrag zur Wahlordnung. Wir hoffen,
168 dass das nächste Jahr besser funktioniert.

169 Luca Sandscheiper (LHG): Die LHG ist nicht als kandidierende Liste auf der Website aufgeführt.

170 Frederic Barlag: Ist der AStA insgesamt mit der Wahlbeteiligung und dem Ablauf zufrieden? Seid
171 ihr mit den 15, 16 Prozent zufrieden?

172 Lisa-Nicole Bücken (AStA-Vorsitz): Die Ansprüche sind jedes Jahr höher. Zufrieden ist ein großes
173 Wort. Wir sind eher erleichtert, dass es nicht schlimmer war.

174 Katharina Schmitt (Juso-HSG) und Daniel Cruismann (CampusGrün) verlassen die Sitzung um
175 19:30 Uhr.

176 **TOP 11** Weitere Berichte

177 Nicolas Stursberg (Zentraler Wahlausschuss): Die Wahl war organisatorisch betrachtet recht
178 problemlos. Es gab Sticker am F-Haus, über die sich die Hausmeister beschwert haben und
179 zerstörte Plakate. Zum Thema Antisemitismus hatten wir noch Telefonate und haben zu
180 Sensibilität aufgerufen. Wir hatten heute eine Dringlichkeitssitzung, das ging relativ flott.

181 Niklas Niemann (RCDS): Ich möchte mahnen, dass ihr euch nicht so zurückhaltet. Es ist nicht
182 normal, dass Plakate enorm zerstört wurden. Das gab es so in den letzten Jahren nicht. Diese
183 Kultur ist nicht akzeptabel.

184 Nicolas Stursberg (Wahlleiter): Wir haben kaum Möglichkeiten, zu sanktionieren. Das Rektorat
185 hat wohl mit dem Bundesverfassungsschutz darüber gesprochen. Wir wurden um Mediation
186 gebeten.

- 187 Sebastian Schick (CampusGrün): Nachdem, was der RCDS gepostet hat – zwischen alternativen
188 Fakten und Populismus – wundert mich diese Kritik eurerseits gerade.
- 189 Juli Sommer (Sozialistische Liste): Nur weil sich solche staatlichen Stiefellecker melden, muss
190 man nicht über einen Ausschluss von der Wahl nachdenken.
- 191 Niklas Niemann (RCDS) (Zwischenruf): Hast du gerade den Verfassungsschutz als Stiefellecker
192 bezeichnet?
- 193 Juli Sommer (Sozialistische Liste): Warum wurde der Ausschluss der Sozialistischen Liste
194 gefordert? Gibt es eine Zahl, wie viele Stimmen nicht mehr gezählt werden konnten von der
195 Briefwahl?
- 196 Nicolas Stursberg (Wahlleiter): Die Poststelle leitet verspätete Briefe nicht mehr an uns weiter,
197 daher nicht. Unter anderem in einem Interview bei Radio Q wurde Gewaltverherrlichung
198 unterstellt. Das war nicht so mega konkret, dass etwas vom Rektorat an uns weitergeleitet wurde.
- 199 Niklas Niemann (RCDS): Zum Vorwurf der alternativen Fakten: Ich bin in die inhaltliche
200 Auseinandersetzung gegangen und dann kam keine Antwort mehr von euch.
- 201 Sebastian Schick (CampusGrün): Ihr könnt eure Kritik äußern, aber schon auf den Ton achten.
202 Viele Studierende wissen nicht, wie der Haushalt aufgestellt ist. Ihr habt willkürlich fünf Posten
203 aufgeführt.
- 204 Jacky Wefers (Fachschaftenreferentin): In diesem Jahr hatten die Fachschaften keine
205 Anmerkungen. Viele haben Wahllisten eingereicht. Das Einzige, was besprochen wurde, ist, dass
206 einige Wahlhelfende ihre Aufgaben nicht ganz ernst nehmen. Teils waren mehrere Personen in
207 einer Wahlkabine. Einige Wahlhelfende waren deutlich aktiver als andere. Wir würden uns
208 intensivere bzw. gleichmäßige Schulungen wünschen.
- 209 Nicolas Stursberg (Wahlleiter): Alle haben die gleiche Schulung. In den Übersichten steht jedes
210 Mal drin, Leute aktiv anzusprechen.
- 211 Pogo Wefers (Die LISTE): Es ist derselbe Fehler aufgetreten, dass Einzelpersonen im System
212 nicht vorkamen und nicht wählen konnten.
- 213 Nicolas Stursberg (Wahlleiter): Das ist seit SAP ein allgemeines IT-Problem. Manchmal werden
214 Einträge einfach übersprungen oder es gibt fehlerhafte Einträge beim Übertragungsprozess.
- 215 Jacky Wefers (Fachschaftenreferentin): Kann man das für das nächste Jahr im Vorfeld sauber
216 klären?
- 217 Nicolas Stursberg (Wahlleiter): Ja, uns soll die Matrikelnummer gemeldet werden und die
218 Studierenden sollen eine erklärende Mail erhalten.
- 219 Frederic Barlag: Habt ihr ein Gefühl für die Differenz zwischen Briefwahlbeantragungen und
220 Briefwahlen?
- 221 Nicolas Stursberg (Wahlleiter): Etwas mehr als hundert Briefwahlen sind angekommen.
- 222 GO-Antrag auf Fraktionspause von Laurenz Schulz (CampusGrün) für die CampusGrün-Fraktion.
223 Weiterer GO-Antrag auf Fraktionspause von Pogo Wefers (Die LISTE) für die Fraktion Die LISTE.

- 224 Lennard Runkel (Präsident) unterbricht die Sitzung bis 20:05 Uhr.
- 225 Benjamin Fobbe (Sozialistische Liste) hat die Sitzung um 19:56 Uhr verlassen.
- 226 Lisa-Nicole Bücker (Vorsitzende der Satzungsreformkommission des 67. StuPa): [unverständlich
227 wegen Lärm]
- 228 Leon Lederer (AStA-Vorsitz): Ich habe ja letztens den Antrag auf Wahlkampfkostenerstattung
229 gestellt. Denkt daran, das einzureichen.

230 **TOP 12** *Die LISTE: Kein Geld für Scheiße*

- 231 GO-Antrag auf Vertagung auf die nächste Sitzung von Laurenz Schulz (CampusGrün).
- 232 Pogo Wefers (Die LISTE): Hiermit könnte eine zeitliche Lücke entstehen, wodurch die
233 Finanzierung von „Scheiße“ möglich wäre. Aber ich werde mich dem Parlament beugen müssen.
234 GO-Antrag auf namentliche Abstimmung.

235 **Abstimmungsgegenstand:** Vertagung des Antrags auf die nächste Sitzung

Theresa Dissen	Ja
Lenja Wiedemann	Ja
Lisa-Nicole Bücker	Ja
Markus Schieferdecker	Ja
Sebastian Schick	Ja
Lennard Runkel	Ja
Laurenz Schulz	Ja
Eva Russow	Ja
Niklas Padberg	Ja
Johannes Schick	Ja
Leyla Höller	Ja
Lennart Hartjes	Ja
Simon „Pogo“ Wefers	Nein
Niklas Niemann	Ja
Amelie Michallek	Ja
Eva Darnstädt	Ja
Tobias Reufer	Ja
Paul Haas	Ja
Juli Sommer	Nein
Jakob Rutenbeck	Ja
Raban Eckert	Nein
Lucy Eggert	Ja
Abrafi Owusu Sekyere	Ja
Kira Pollmann	Ja
Noah Preis	Ja
Max Wilke	Ja
Luca Sandscheiper	Ja

236 **Abstimmungsergebnis:** (24/0/3) – Damit wird der TOP vertagt.

237 **TOP 13** *Wahlanfechtung bezüglich der ASV-Wahl (Wahlkreis 2)*

238 Lennard Runkel (Präsident): Das Studierendenparlament ist bei Wahlanfechtungen gegen die
239 Wahl zur ASV nach § 23 Absatz 3 Satz 1 der Wahl- und Urabstimmungsordnung nicht zuständig.
240 Darüber entscheidet die neu-gewählte ASV. Ich würde daher vorschlagen, dass wir uns damit
241 nicht befassen.

242 Keine Gegenrede. Der GO-Antrag ist somit angenommen.

243 **TOP 14** *Antrag auf Änderung der Wahl- und Urabstimmungsordnung*

244 Lennard Runkel (Präsident): Es gibt 20 Positionierungsanträge des ZWA zu Änderungen der
245 Wahl- und Urabstimmungsordnung

246 Nicolas Stursberg (Wahlleiter): Wir beantragen eine Absichtserklärung, das schien uns am
247 sinnvollsten. Wir hatten die Bitte zur Überarbeitung ja schon an das letzte StuPa gerichtet.

248 Lennard Runkel (Präsident): Die 20 Absätze sind interne Punkte zu dem einen Antrag. Das ist
249 eine Absichtserklärung, die kann keine Bindungswirkung entfalten, weil man dann die drei
250 Lesungen umgehen würde. Ich würde es als weitgefassten Diskussions-TOP auffassen.

251 Niklas Niemann (RCDS): Aus unserer Sicht scheinen alle Änderungen sinnvoll zu sein.

252 Frederic Barlag: Man könnte über quotierte Wahllisten diskutieren im Folgejahr.

253 Lisa-Nicole Bücken (AStA-Vorsitz): Das wäre eine neu zu besetzende Reformkommission.

254 Frederic Barlag: Brauchen wir das denn? Das könnte man als ÄA behandeln an die Wahl- und
255 Urabstimmungsordnung. Ich sehe nicht die Notwendigkeit das in einem Ausschuss zu
256 debattieren.

257 Lennard Runkel (Präsident): Es soll nur eine Absichtserklärung sein. Man müsste ggf. einen
258 neuen entsprechenden Antrag einbringen.

259 Niklas Niemann (RCDS): Dazu kann man sich ja nochmal Gedanken machen.

260 Frederic Barlag: Mein Vorschlag wäre den Antrag jetzt zurückzuziehen und in aller Ruhe einen
261 schönen Antrag rauszuhauen. Da müsste sich nur jemand berufen fühlen, das zu tun.

262 Nicolas Stursberg: Der ZWA kann damit beauftragt werden. Das würden wir gerne machen.

263 **Abstimmungsgegenstand:** Antrag auf Änderung der Wahl- und Urabstimmungsordnung

264 **Abstimmungsergebnis:** (27/0/0) – Damit ist der Antrag einstimmig angenommen.

265 Theresa Dissen (AStA-Vorsitz): Müssen wir den ZWA beauftragen?

266 Lennard Runkel (Präsident): Wir könnten das machen. Das ist meiner Auffassung nach nicht
267 notwendig. Studierende können ja jederzeit Anträge an das StuPa stellen – unabhängig davon,
268 ob sie explizit damit beauftragt wurden.

269 Gabriel Dutilleux (ZWA): Ich habe das auch so wahrgenommen, dass wir als ZWA das machen
270 sollen, das können wir gerne tun.

- 271 Niklas Padberg (CampusGrün): Zum HHA können wir uns gerne mal treffen, meldet euch bei mir.
- 272 Leon Lederer (AStA-Vorsitz): Danke für die Sitzungsleitung.
- 273 Lennard Runkel (Präsident) schließt die Sitzung um 20:29 Uhr.



Die LISTE Münster – mag keine blöden Personen

Kein Geld für Scheiße

Geschätztes Parlament,
liebe Kommiliton*innen,

das Studierendenparlament möge beschließen:

Gelder der Studierendenschaft dürfen nicht an Personen ausgezahlt werden, die sich öffentlich negativ gegenüber Menschen, Gruppen oder Organisationen aufgrund derer Kultur, Religion oder Glaubensansichten, Herkunft, Abstammung, Geschlecht, sexuellen Orientierung, Alter, körperlicher oder geistiger Einschränkung oder Behinderung, oder politischen Ansichten geäußert haben.

Die Studierendenschaft darf ihre Räume diesen Personen nicht zur Verfügung stellen.

Selbiges gilt für Personen, die Gruppen, Organisationen oder Vereinigungen nahe stehen, die sich auf diese Art geäußert haben.

Selbiges gilt für Gruppen und Organisationen bei denen solche Personen in Verantwortung tragender Funktion aktiv sind.

Selbiges gilt ebenfalls für Veranstaltungen bei denen diese Personen als geladene Gäste, Vortragende oder als Moderation auftreten, oder in organisierender Funktion in Erscheinung treten.

Begründung:

Menschen, die sich nicht ok verhalten, gibt es überall. Leider.

Doch ihnen Geld zu geben, ist eine blöde Idee. Auch ihnen eine Plattform zu geben scheint unklug. Also lasst uns das nicht machen.

Einzelne mögen versuchen diesen Antrag mit der vereinfachenden Zusammenfassung "Kein Geld für irgendwen" zu verunglimpfen, doch wir sind zuversichtlich, dass das Parlament diese plumpe Rhetorik von der wahren Absicht dieses Antrags unterscheiden kann.

Zugegeben geht dieser Antrag etwas weiter als die letztjährigen Beschlüsse, doch angesichts der veränderten geopolitischen Lage, scheint es nötig eine allgemeine Position zu beziehen, statt sich auf einzelne Schauplätze zu beschränken.

Abschließend möchten wir uns erfreut zeigen, dass es uns zufällt, die diesjährige Beschlussvorlage zu formulieren. Das Unterlassen der anderen Fraktionen, die seit Jahren bestehende Traditionen eines Antrags gegen die Förderung von Personen und Gruppen zu verfassen, war unverkennbar eine Einladung an uns. Vielen Dank für die Gelegenheit.

Wir hoffen auf eure Zustimmung und freuen uns auf die Debatte.

Mit freundlichem Gruß

Pogo Wefers, Mitglied des 68. Studierendenparlaments

'bout food i guess Škulec, Frederic Barlag und Jacky Wefers



Antrag an das 68.Studierendenparlament

Antrag für eine kämpferische Uni gegen Rassismus und Völkermord

Antragsteller: Jakob Rutenbeck für die Sozialistische Liste

Liebe Parlamentarier*innen,

das Studierendenparlament der Universität Münster möge beschließen:

1. Das Studierendenparlament setzt sich gegen jegliche Form des Rassismus ein und solidarisiert sich mit von anti-palästinensischem und antimuslimischem Rassismus sowie Antisemitismus betroffenen Menschen.
2. Das Studierendenparlament und der AStA positionieren sich öffentlichkeitswirksam für einen dauerhaften Frieden, ein Ende der israelischen Besatzung Palästinas, ein Ende der israelischen Apartheid und eine Aufarbeitung aller Verstöße gegen das Kriegs- und Völkerrecht im Rahmen des „Nahostkonflikts“. Außerdem verurteilen Studierendenparlament und AStA israelische sowie amerikanische Pläne zur siedlerkolonialistischen Deportation der örtlichen Bevölkerung und ihre Ersetzung durch Siedler*innen. Des Weiteren fordert das Studierendenparlament einen Stopp deutscher Waffenlieferungen an Israel und die Beendigung diplomatischer und medialer Unterstützung für die rechtsradikale Regierung unter Benjamin Netanyahu.
3. Der AStA und das Studierendenparlament unterstützen keine Gruppierungen und Einzelpersonen, die den Genozid an der palästinensischen Zivilbevölkerung durch Israel kleinreden, gutheißen oder verleumden. Als Unterstützung gilt hier explizit das Bereitstellen von Räumlichkeiten, die finanzielle Bezuschussung aus Mitteln der Studierendenschaft, das Verbreiten von Inhalten über Social Media und andere Kanäle der Öffentlichkeitsarbeit sowie die Zusammenarbeit bei der Vorbereitung und/oder Durchführung von öffentlichen Veranstaltungen.
4. Das Studierendenparlament fordert die Universität dazu auf, sich kritisch mit ihrer Beteiligung an der Diskriminierung palästinensischer, sowie palästina-solidarischer Gruppen und Einzelpersonen sowie der Einschränkung ihres Rechts auf freie Persönlichkeitsentfaltung, Versammlungsfreiheit und freie Meinungsäußerung auseinanderzusetzen. In logischer Folge soll sich der AStA dafür einsetzen, in Bezug auf den Genozid an der palästinensischen Zivilbevölkerung durch Israel und die Rolle des

deutschen Staates darin, ein gleichberechtigtes, diskriminierungsfreies und wissenschaftliches Diskussionsklima in der Uni und auf dem Campus zu etablieren. Insbesondere den bisher strukturell ausgeschlossenen Stimmen, die sich für einen Waffenstillstand sowie ein Ende der Besatzung und Apartheid einsetzen, muss hierbei Raum und Bühne geboten werden.

5. Das Studierendenparlament setzt sich für eine verpflichtende kritische Auseinandersetzung mit Herkunft und Entstehung von allen Spielarten rassistischer Diskriminierung (u.a. Antisemitismus und Islamfeindlichkeit) im Studium ein. In Zusammenarbeit mit Universität und Fachschaften soll der AStA ein Konzept entwickeln und umsetzen, das festlegt, wie sich antirassistische Bildung studiengangsspezifisch oder Studiengangs übergreifend in den Stundenplan aller Studierenden integrieren lässt.

6. Das Studierendenparlament setzt sich für einen Kampf gegen Antisemitismus und gegen das Ausspielen unterdrückter Gruppen gegeneinander ein. Der AStA intensiviert seine Bemühungen daraufhin, dass jüdische und muslimische Menschen weder auf dem Campus noch außerhalb gefährdet sein dürfen, und vollzieht den Kampf gegen Antisemitismus und Rassismus gemeinsam. Der AStA soll sich bemühen, die Kriminalisierung von palästinensischen Stimmen durch die Universitätsleitung und AStA-Kooperationspartner*innen zu unterbinden und gleichzeitig entschieden gegen Antisemitismus vorzugehen.

Begründung:

Mit dem Beginn der neuen Legislaturperiode ist es wieder mal Zeit für die AStA Listen ihre alljährlichen Anträge „gegen jeden Antisemitismus“ zu stellen. Hinter dieser zynischen Namensgebung verbergen sich Forderungen, die nicht nur nicht in der Lage sind den steigenden Antisemitismus in Uni und Gesellschaft wissenschaftlich zu erklären und nachhaltig zu bekämpfen, sondern zusätzlich noch dazu führen, dass die politische Auseinandersetzung mit dem andauernden Genozid in Palästina an der Uni Münster verhindert wird und Gruppen und Einzelpersonen, die sich darum bemühen als Antisemit*innen diffamiert werden. Wir als Sozialistische Liste schlagen erneut einen Gegenentwurf zu diesen Anträgen vor. Der Grundstein für eine wirkungsvolle Bekämpfung von Diskriminierung und Unterdrückung ist ein theoretisch fundiertes Verständnis von ihrem Ursprung und welchen Zweck sie im Gefüge der Klassengesellschaft erfüllen. Dieser Grundstein kann durch eine kritische wissenschaftliche Auseinandersetzung an Universitäten gelegt werden. Wir können unseren Teil dazu beitragen, indem wir eine Bühne für Diskussion und Austausch anbieten, uns aber gleichzeitig nicht hinter einer akademischen „Neutralität“ verstecken und rassistische Narrative sowie politische Meinungsmache klar als solche benennen und bekämpfen.

Der real in Uni und Gesellschaft existierende systematisch verankerte Antisemitismus, der gerade mit Blick auf das Erstarken faschistischer Kräfte in Parlament und Bevölkerung in den letzten Jahren erneut eine unübersehbare Relevanz erlangt hat, wird durch falsche und inflationäre Antisemitismusvorwürfe gegen Israel-Kritiker*innen missbraucht und die tatsächlichen Diskriminierungserfahrungen von Juden*Jüdinnen werden bewusst vorgeschoben um rufschädigend gegen politisch unliebsame Gruppen und Personen vorzugehen. In Deutschland trägt die Anschuldigung des Antisemitismus, für einen Großteil der Bevölkerung, eine historisch-politische Sonderstellung, welche durch politische Akteur*innen, Medienvertreter*innen und auch zunehmend durch Privatpersonen ausgenutzt wird, um Kritik an der israelischen Regierung zu stigmatisieren.

Es ist unsere Pflicht als gewählte Vertretung der Studierendenschaft, an der Uni einen Raum zum Lernen, Lehren und Leben zu schaffen bzw. zu bewahren, in dem Diskriminierung, Ausgrenzung und Hetze keinen Platz haben. Ebenso sollte es unser erklärtes Ziel sein, einen wissenschaftlichen Diskurs und eine kritische Auseinandersetzung mit den Diskriminierungsformen anzustoßen, die auf struktureller, institutioneller oder individueller Ebene bestehen und wie sich diese dauerhaft bekämpfen lassen. Stattdessen spielen das Studierendenparlament und der AStA seit Jahren eine Rolle darin, diskriminierte Gruppen gegeneinander auszuspielen, indem die Kleinhaltung der Einen als Garant für die Sicherheit der Anderen dargestellt wird. Zunehmend, spätestens seit Beginn des israelischen Vernichtungskriegs auf Palästina überdeutlich, machen sich Uni und AStA außerdem schuldig einem rechtsextremen, militaristischen und rassistischem Kolonialstaat nach dem Mund zu reden und einen aktiven Völkermord, an einer historisch unterdrückten ethnischen Minderheit, kleinzureden.

Der Anspruch dieses Antrags ist es, im Rahmen unserer Möglichkeiten darzulegen, warum der bisherige Umgang der Universität und des AStA mit den Themen Antisemitismus, Palästina und Israel einer groben Verletzung ihrer gesetzlich vorgeschriebenen sowie selbstgewählten Pflichten zum Schutz diskriminierter Statusgruppen sowie der Wahrung des internationalen Friedens gleichkommt. Dazu werden wir eine fundierte Zusammenfassung des sogenannten Nahostkonflikts und des andauernden Genozids in Palästina vorlegen und eine Reihe an Begriffen und Konzepten definieren, und aufzeigen, inwieweit sie mit Bezug auf die diskutierte Thematik Relevanz besitzen. Zuletzt werden wir einige Worte zur IHRA-Definition von Antisemitismus, der Unterscheidung von Antisemitismus und Antizionismus und schließlich den Repressionen, in Deutschland, durch Uni und Politik verlieren. Daraus sollte sich einwandfrei nachvollziehen lassen, in welchem Kontext und mit welcher Intention unsere oben genannten Forderungen entstanden sind. Wir erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit, jedes behandelte Unterthema könnte alleine den Inhalt einer wissenschaftlichen Arbeit ausmachen.

Ein historischer Abriss des sogenannten Nahost-Konflikts

Nach dem Ende des Osmanischen Reiches im Zuge des Ersten Weltkriegs bestätigte der Völkerbund Palästina im Jahr 1922 als britisches Mandatsgebiet. Diese Mandats Herrschaft hielt bis 1947 an und umfasste das, was heute Israel und die besetzten palästinensischen Gebiete sind.

Im Jahr 1947 empfahlen die Vereinten Nationen die Teilung Palästinas in einen jüdischen Staat (55 % des Territoriums) und einen arabischen Staat (45 % des Territoriums), wobei Jerusalem und Umgebung unter internationale Verwaltung gestellt werden sollten.

Tausende Palästinenser*innen und Jüd*innen wurden während des Konflikts von 1947 bis 1949 und im Zuge der Ausrufung des Staates Israel im Mai 1948 durch Angriffe auf Zivilpersonen getötet, und mehr als 800.000 Palästinenser*innen wurden aus ihren Heimatorten vertrieben. Unter Palästinenser*innen ist dieses Ereignis als Al Nakba (die Katastrophe) bekannt. Viele Menschen wurden aus ihren Dörfern und Städten vertrieben und flohen in andere Teile des Landes, das letztlich der Staat Israel wurde. Andere flohen in verschiedene Gegenden des Mandatsgebiets Palästina (wovon 22 % nach dem Konflikt unter die Kontrolle von Jordanien oder Ägypten kamen). Von den übrigen Menschen flohen die meisten nach Jordanien, Syrien oder in den Libanon.

Seither hindert Israel die palästinensischen Flüchtlinge und ihre Nachkommen sowie Binnenvertriebene innerhalb Israels daran, in ihre Heimatorte zurückzukehren.

Palästinenser*innen, die in von Israel besetzten Gebieten wie dem Gazastreifen, dem Westjordanland, den Golanhöhen oder Ostjerusalem, oder auch in Israel mit israelischer Staatsbürgerschaft leben, werden durch eine Vielzahl von diskriminierenden Gesetzen und Praktiken, die fortwährenden Enteignungen und Vertreibungen, und die regelmäßige Gewalt durch Siedler*innen, Armee und Polizei unterdrückt und von politischer Teilhabe und Organisation abgehalten. Nach internationalem Recht und einer Vielzahl menschenrechtlicher Organisationen (z.B. Amnesty International, B'Tselem, Human Rights Watch) verübt Israel das Verbrechen der Apartheid gegen Palästinenser*innen.

Apartheid

Apartheid bezeichnet einen Straftatbestand im internationalen Recht und ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Der Begriff zieht seinen Ursprung aus dem staatlich durchgesetzten System der Rassentrennung und der rassistischen Diskriminierung in Südafrika zwischen 1948 und 1994. Er beschreibt einen Staat und/oder eine Gesellschaft, in denen eine oder mehrere ethnische Gruppen, zu Gunsten anderer ethnischer Gruppen, systematisch sowie institutionell ausgegrenzt und unterdrückt werden.

In der politischen Praxis bedeutet Apartheid, dass innerhalb eines staatlichen bzw. staatlich kontrollierten Gebietes, als Folge politischer Entscheidungen, den Angehörigen einer ethnischen Gruppierung (nicht zwangsläufig einer Minderheit) das Recht auf persönliche Freiheit oder das Recht zu leben aberkannt wird (also, dass sie ermordet werden, physischen Angriffen ausgesetzt sind oder unbegründet oder ohne angemessenes Gerichtsverfahren in Gefangenschaft genommen werden), dass sie systematisch Lebensbedingungen ausgesetzt werden, die ihre physische Auslöschung herbeiführen oder begünstigen (ihnen also der Zugang zu Nahrung, Wasser, medizinischer Versorgung usw. verwehrt wird), dass ihnen die (volle) Teilhabe am politischen, kulturellen oder wirtschaftlichen Leben in einer Gesellschaft verwehrt wird (ihnen also demokratische Teilhabe, Recht auf Arbeit, Staatsbürgerschaft usw. untersagt werden), dass ihre Wohnungen, Arbeitsplätze, Kulturstätten usw. physisch von denen anderer ethnischer Gruppen getrennt werden oder ihr Besitz zu Gunsten anderer ethnischer Gruppen entzogen wird, dass sie auf Basis ihrer ethnischen Zugehörigkeit zu Zwangsarbeit verpflichtet werden oder, dass Gruppen und Personen, die sich für eine Bekämpfung der Apartheid einsetzen politisch verfolgt werden.

Der Vorwurf, dass es sich bei dem Umgang der israelischen Regierung mit den Palästinenser*innen um Apartheid handelt, wurde seit 2007 wiederholt von UN-Sonderberichterstatter*innen erhoben. Auch eine Reihe von Menschenrechtsorganisationen, u.a. Human Rights Watch, Yesh Din und B'Tselem, veröffentlichten seit 2020 unabhängig voneinander Berichte, in denen sie Israel und/oder die besetzten Gebiete in Palästina als Apartheid charakterisierten. Mitunter am meisten Aufmerksamkeit erzielte dabei der, im Februar 2022 veröffentlichte, Bericht „Israel's apartheid against Palestinians“ von Amnesty International.

Sie alle kommen zu dem Schluss, dass der israelische Staat seit seiner Gründung, mit wachsender Schärfe, das politische Ziel verfolgt eine Gesellschaftsordnung zu etablieren/aufrecht zu erhalten, in der die ethnische Gruppe der Palästinenser*innen zu Gunsten der jüdischen Bevölkerung, unterdrückt, diskriminiert, ausgebeutet und vertrieben wird. Grundbedingung für die Errichtung des israelischen Staates war die ethnische Säuberung des heutigen Staatsgebietes von der indigenen Bevölkerung deren Häuser und Communities besetzt oder niedergerissen wurden. Seitdem wird die palästinensische Bevölkerung Israels gezwungen getrennt von den restlichen israelischen Bürger*innen in dedizierten Enklaven innerhalb Israels oder der West Bank bzw. dem Gaza Streifen zu leben. Letztere unterliegen

dabei einem gesonderten Rechtssystem, welches sie zu Menschen zweiter Klasse erklärt. Palästinenser*innen unterliegen, im Gegensatz zu jüdischen Israelis, einer verminderten Form der Staatsbürger*innenschaft, die ihre politischen Teilnahmemöglichkeiten begrenzt. Diejenigen, die unter Militärherrschaft in der West Bank und dem Gaza Streifen leben haben kein Grundrecht auf Bewegungsfreiheit. Das de facto Freiluftgefängnis innerhalb des israelischen Staatsgebiets zäunt Millionen Menschen seit Jahren ohne ausreichenden Zugang zu Nahrung, Wasser, medizinischen Vorräten oder Infrastruktur ein. Jeder Versuch der Betroffenen gegen diese Kollektivfolter zu protestieren oder sich davon zu befreien wird durch Israel mit tödlicher Gewalt beantwortet. Aber um in einem israelischen Gefängnis zu landen, gefoltert oder hingerichtet zu werden müssen sich Palästinenser*innen nicht mal des Widerstandes schuldig machen. Mit Verweis auf eine angebliche ständige Gefahrenlage setzt Israel polizeiliche und/oder militärische Gewalt ein, um zu jedem Zeitpunkt hunderte Palästinenser*innen in sog. Administrativhaft gefangen zu halten. Den, zu einem guten Anteil minderjährigen, Betroffenen wird dabei kein Gerichtsprozess gemacht und Israel nimmt sich heraus sie „präventiv“ auf unbestimmte Zeit unter menschenunwürdigen Verhältnissen festzuhalten.

Im Rahmen der südafrikanischen Klage gegen Israel vor dem internationalen Strafgerichtshof hat sich auch dieser das erste Mal offiziell zu der Frage der Apartheid geäußert. In einem vorläufigen Gutachten bestätigte das Gericht, dass es sich bei Israels Verhalten gegenüber den Palästinenser*innen um einen Bruch von Artikel 3 des Internationalen Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung handelt, welcher explizit das Verbrechen der Apartheid behandelt.

Aus den aufgelisteten Fakten sollte deutlich werden, dass eine politische, militärische oder wissenschaftliche Unterstützung der israelischen Regierung, in ihrer bestehenden Form, stets auch ein Wegsehen gegenüber den menschenunwürdigen Lebensbedingungen der Palästinenser*innen darstellt, auf deren Leid dieser Staat errichtet wurde und weiterhin funktioniert. Solange Israel von der internationalen Gemeinschaft keinerlei Konsequenzen für ihr Verhalten erfährt, und solange die Bevölkerung der Länder, die Israels Apartheid, aus geopolitischen, wirtschaftlichen oder ideologischen Gründen dulden, aus Angst vor Antisemitismusvorwürfen den Mund nicht aufbekommen macht sie sich mitschuldig. Für uns kann die einzige Handlungsdevise eine Verurteilung der israelischen Verbrechen und eine Forderung nach Errichtung eines Staates unter demokratischer Kontrolle gleichberechtigter palästinensischer und jüdischer Arbeiter*innen sein.

Siedlerkolonialismus

Unter Siedlerkolonialismus versteht man eine spezifische Form des Kolonialismus, die von dem Genozid- und Kolonialismusforscher Patrick Wolfe zusammenfassend als „Settler colonizers come to stay“ beschrieben wurde. Im Gegensatz zum „klassischen“ Kolonialismus, bei dem die Bevölkerung und Ressourcen eines Staates oder einer Region von einer Kolonialmacht gewaltsam ausgebeutet werden, diese jedoch geografisch und gesellschaftlich voneinander getrennt bleiben übernehmen die Kolonialist*innen beim Siedlerkolonialismus das kolonisierte Gebiet persönlich und ermorden und/oder vertreiben die indigene Bevölkerung.

Das bekannteste Beispiel für eine Nation, die ihren Ursprung auf Siedlerkolonialismus zurückführen muss ist vermutlich die USA. In mehreren Wellen, angestoßen durch die „Entdeckung“ des amerikanischen Kontinents durch Columbus zogen Europäer*innen, zu Beginn des 17. Jahrhundert in die Amerikas welche zu diesem Zeitpunkt selbstverständlich bereits seit Jahrtausenden von einer Vielzahl an Gesellschaften bewohnt wurden. Die indigene

Bevölkerung wurde gewaltsam oder durch, auf extrem ungleich verteilten Machtverhältnissen basierenden, Handelsabkommen um das Land beraubt, auf dem sie seit Generationen lebten. Gerechtfertigt wurde dies durch den rassistischen Glauben an die eigene ethnische/kulturelle Überlegenheit, das Recht des Stärkeren oder, z.B. in Form der „Manifest Destiny“ Ideologie, durch Rückbezüge auf höhere Mächte.

Die Ideologie des Zionismus und deren Praxis, in Form des israelischen Staates, ist inhärent ein siedlerkoloniales Projekt. Dieser Umstand wurde von den Vordenkern des Zionismus auch offen so kommuniziert und zelebriert. Von Anfang an war die grundlegende Idee die Übernahme eines Gebietes, dass bereits bewohnt wurde und die Vertreibung oder Unterwerfung der bisherigen Bewohner*innen. Im Zuge der ethnischen Säuberung von 750.000 Palästinenser*innen im Jahr 1948, die später als Nakba in die Geschichte eingehen sollte, fand der Zionismus seine erste großflächige Umsetzung. Von da an breitete der israelische Staat das beherrschte Gebiet stetig, unter Einsatz militärischer und ziviler Gewalt, weiter aus und siedelte an Stelle der vertriebenen oder ermordeten Palästinenser*innen eigene Staatsbürger an. Bis heute betreibt die Regierung Siedlungsprojekte in den besetzten Gebieten der West Bank, des Gaza Streifens und Ost Jerusalems. Im Juli 2024 erklärte der Internationale Gerichtshof diese für illegal und forderte Israel auf keine weiteren Siedlungen zu errichten, bisherige Siedlungen aufzugeben und Reparationszahlungen an die ursprünglichen Bewohner*innen der besiedelten Gebiete zu leisten.

Genozid

Es bestehen eine Reihe an Überschneidungen zwischen den Verbrechen der Apartheid und des Siedlerkolonialismus und dem des Genozids. Vor allem in der Form, das erstere oft/unweigerlich zu letzterem führen, sofern sie nicht rechtzeitig bekämpft werden. Als Genozid wird ein staatliches Vorgehen dann eingestuft, wenn, mit der Absicht eine nationale, ethnische oder religiöse Gruppe vollständig oder in Teilen zu vernichten, folgende Maßnahmen unternommen werden: Angehörige der Gruppe zu ermorden; Angehörigen der Gruppe ernsthafte körperliche oder mentale Verletzungen zuzufügen; Angehörige der Gruppe Lebensbedingungen auszusetzen, die ihre physische Auslöschung zur Folge haben; Geburten von Angehörigen der Gruppe zu verhindern; Kinder der Gruppe zu entführen um sie einer anderen Gruppe zuzuführen.

In den Jahrzehnten seiner Existenz hat sich Israel all dieser Verbrechen gegenüber den Palästinenser*innen schuldig gemacht. Und spätestens seit Beginn des Vernichtungskrieg, der als Vergeltung für die Verbrechen des 07. Oktobers initiiert wurde, ist die teilweise oder vollständige, Auslöschung des palästinensische Volkes erklärtes Ziel führender israelischer Politiker*innen und militärischer Führungskräfte. Israel bombardiert und erschießt Palästinenser*innen seit nun fast eineinhalb Jahren täglich. Dabei wird kein Unterschied zwischen Zivilist*innen und Kombattant*innen sowie Erwachsenen und Kindern gemacht. Journalist*innen, medizinisches Personal, Krankenhäuser, Schulen und Universitäten werden in gleichem Maße dem Erdboden gleich gemacht wie militärische Stützpunkte oder Munitionslager. Sogar die Zonen, die Israel zuvor selbst zu Sicherheitszonen erklärt hat oder in denen sich Flüchtlingslager derjenigen finden, die durch zuvorige Bombardierung Heimatlos geworden sind werden nicht verschont. Als Form der Kollektivstrafe hat Israel den Zugang zu Trinkwasser, Nahrung und medizinischen Gütern für den Großteil der verbliebenen Palästinenser*innen gestoppt und hindert auch andere Nationen sowie NGOs daran Hilfsgüter zu liefern. Direkte und indirekte Morde durch Israels Vorgehen belaufen sich, laut Hochrechnungen der medizinischen Fachzeitschrift „The Lancet“, inzwischen auf bis zu 186.000, was zwischen 7 und 9 Prozent der palästinensische Bevölkerung des Gaza Streifens

entspricht (Stand Juli 2024). Eine genaue Zählung der Toten ist auf Grund zerstörter Infrastruktur und der Unzugänglichkeit des Kriegsgebiets, für jeden der nicht das israelische Militär ist, nicht mehr möglich.

Jede Person, jede Regierung, jedes Unternehmen und jede Organisation, die im Angesicht von Verbrechen solchen Ausmaßes stumm bleibt oder diese sogar verharmlost oder leugnet macht sich eines historischen Versagens schuldig.

Das Problem mit der „Arbeitsdefinition Antisemitismus“ der IHRA

Die umstrittene IHRA Definition von Antisemitismus versucht die notwendige Erfassung und Bekämpfung von Antisemitismus für die Interessen rechter Fraktionen in- und außerhalb der jüdischen Community zu instrumentalisieren. Sie ist im Gegensatz zu alternativen Definitionen weder ein seriöses noch ein hinreichendes Instrument um Antisemitismus zu verorten.

Betrachtet man die Definition genauer, so fällt auf, dass sie einige antisemitische Phänomene und Analyseebenen hervorhebt, andere wesentliche aber sehr weitgehend ausspart. Ersteres gilt insbesondere für ideologische und diskursive Aspekte, beispielsweise den Antisemitismus als verschwörungstheoretisches Weltbild. Derweil können manche israelbezogene Beispiele, die der Kerndefinition hinzugefügt wurden, nur mithilfe weiterer Informationen über den Kontext als antisemitisch klassifiziert werden, da das Beschriebene mehrdeutig ist. Diese Mehrdeutigkeit wird in der IHRA-Definition ignoriert: Vor allem in Bezug auf Israel liegen keine Kriterien vor, die eine antisemitische Haltung gegenüber dem Staat von einer unterscheiden, die auf dessen politische Handlungen und seine weltpolitische Bedeutung zurückzuführen ist.

Die Definition an sich ist sehr vage gehalten. Dies kann an sich sinnvoll sein, da antisemitische Weltbilder und Taten sehr umfassend sind. Durch die Vagheit der Definition steigt aber die Bedeutung der Beispiele, auch wenn diese durch Formulierungen wie „kann“ in einem ähnlichen Stil verfasst sind.

7 der 11 Beispiele beziehen sich auf den Staat Israel. Dadurch wird eine starke Gewichtung gesetzt. Es macht also einen Unterschied ob man sich auf die Definition allein, oder auch auf die Beispiele bezieht. Einige Beispiele lassen sich ohne weiteren Kontext als antisemitisch einordnen, andere erfordern Hintergrundinformationen und lassen sich auch auf nicht-antisemitische Personen und Gruppierungen anwenden. Antinationalistische Kritik, an einer Nationalbewegung oder säkulare, auf das Konzept eines religiösen Staates bezogene Kritik wird nicht klar von antisemitischer abgegrenzt. In der Einleitung findet sich zwar folgender Satz: „Allerdings kann Kritik an Israel, die mit der an anderen Ländern vergleichbar ist, nicht als antisemitisch betrachtet werden“ es wird allerdings nicht genauer ausgeführt, was damit gemeint ist. Eine Kritik an welchen anderen Ländern, und von wem? Und fallen alle Kritiken, die sich auf Umstände und Praktiken beziehen, die spezifisch in Israel vorherrschen, so unter diese Definition?

Zusammenfassend kann man sagen, dass das Hauptproblem der Definition ihre Vagheit und Gewichtung ist. Diese macht sie offen für politische Instrumentalisierung wie die pauschale Darstellung von zivilem Widerstand gegen oder bloße Kritik an Israel und seinem Vorgehen als antisemitisch.

Antizionismus und Antisemitismus

Eine Gleichsetzung von Antizionismus und Antisemitismus ist grundlegend falsch. Auch wenn Antizionismus antisemitisch begründet sein kann, so kann er beispielsweise auch antinationalistisch oder säkular begründet sein.

Beim Zionismus handelt es sich um eine nationalistische Bewegung, die von Beginn an die Vertreibung der ansässigen palästinensischen Bevölkerung vorsah, wenn sie sie überhaupt in Betracht zog. Es ist wichtig zu betonen, dass es gerade im 19. Jahrhundert, aber auch heute noch, eine große antizionistische Bewegung unter Jüd*innen selbst gab bzw. gibt. Auf die Frage, ob Antisemitismus mit Antizionismus gleichbedeutend sei, sagt Meron Mendel: „Das ist Schwachsinn. (...) Die ersten Antizionisten waren Juden“. In der zionistischen Bewegung war der Gedanke verbreitet, dass der Antisemitismus in Europa nicht zu besiegen sei. Die antizionistischen Jüd*innen hingegen kämpften für eine Anerkennung in ihren eigenen Staaten. In Osteuropa war beispielsweise der allgemeine Jüdische Arbeiterbund einer der wichtigsten antizionistischen Organisationen. Am 20. November 2018 appellierten 34 israelische Gelehrte (darunter David Harel, Eva Illouz, Paul Mendes-Flohr, Zeev Sternhell und Moshe Zuckermann) in einem offenen Brief an Europa bzw. an die österreichische Bundesregierung, Antizionismus nicht mit Antisemitismus gleichzusetzen, da dies Israel gegen Kritik immun mache. Die jüdische Stimme für den gerechten Frieden für Nahost unterstützt außerdem auch die BDS Bewegung.

Warum BDS nicht automatisch antisemitisch ist

Boycott, Divestment and Sanctions (BDS) ist eine palästinensisch geführte Bewegung, die sich an zivilgesellschaftliche Akteur*innen verschiedenster Nationen richtet, um Regierungen dazu zu bewegen, wirtschaftliche Beziehungen zu Israel zu kappen, um dessen Besatzung palästinensischer Gebiete, die Vertreibung von Palästinenser*innen, sowie die systemische Diskriminierung gegen Palästinenser*innen zu beenden und den vertriebenen Palästinenser*innen und ihren Nachkommen die Rückkehr nach Palästina zu ermöglichen. Die von der Bewegung gewählten Aktionsformen sind inspiriert durch die erfolgreichen Boykottbewegungen gegen Apartheid-Südafrika und wurden auch von anti-Apartheid-Veteranen aus Südafrika empfohlen.

Nach der IHRA-Definition von Antisemitismus müsste diese Kampagne, die sich mit israelischen Menschenrechtsverletzungen, nicht aber mit den Menschenrechtsverletzungen anderer Staaten auseinandersetzt, klar antisemitisch sein - schließlich werde Israel so doppelten Standards unterworfen. Hier wird spätestens klar, dass eine solche Sichtweise völlig sinnlos ist: Natürlich muss eine Kampagne zu einem spezifischen Unrecht sich nicht gleichzeitig mit allen anderen Unrechten auf der Welt befassen. Eine solche Hürde zur Thematisierung israelischer Menschenrechtsverletzungen würde sie komplett verunmöglichen. Auch die Jerusalemer Erklärung zum Antisemitismus von 2020 kam zum Schluss, dass ein Boykott Israels nicht automatisch antisemitisch ist.

Repressionen in Uni und Gesellschaft

Die internationale Bewegung zur Befreiung Palästinas sieht sich seit ihrem Beginn mit staatlichen Repressionen konfrontiert. Dies ergibt sich zum einen aus dem antikolonialen, internationalistischen und (oft) antikapitalistischen Milieu, in dem sie beheimatet ist, und welches aus ideologischen aber vor allem materialistischen Gründen von imperialistisch-kapitalistischen Staaten des liberal-demokratischen Westens unterdrückt wird. Aber auch innerhalb dieser politischen Sphäre hat Palästina noch mal einen Sonderstatus. Für die USA und ihre militärischen Verbündeten stellt Israel ein Kolonialprojekt von außerordentlicher geopolitischer Signifikanz da. „Die einzige Demokratie im Nahen Osten“ bildet eine regionale Macht, die auf Waffenlieferungen des Westens angewiesen ist, um ihre Vormachtstellung gegenüber feindlichen Nachbarstaaten und paramilitärischen Gruppen zu erhalten. Im Gegenzug dafür erhalten die NATO-Staaten einen Verbündeten in der Region, der als Außenposten zur Etablierung einer voranschreitenden Hegemonie dient.

Gerade, aber nicht nur, in Deutschland hilft die Unterstützung Israels außerdem um sich von historischen und aktuellen Vorwürfen des Antisemitismus zu schützen. Indem der israelische Staat als persönliche und ideologische Repräsentation aller Jüd*innen behandelt wird, stellt die bedingungslose Unterstützung all seiner Verbrechen die Grundlage dafür da die eigene Politik als Weg zum Schutz des jüdischen Lebens zu betiteln. Es ist selbstverständlich antisemitisch Israel und dessen Handeln mit dem Judentum gleichzusetzen, genauso wie es antisemitisch ist zu behaupten Jüd*innen könnten nur dann vor antisemitischen Angriffen geschützt werden, wenn man sie gesammelt in einen Ethnostaat verfrachtet. Aber um jede Kritik an Israel und den deutschen Waffenlieferungen von vornherein zu diskreditieren gibt es kaum eine effektivere Methode als diese mit dem Antisemitismus Stempel zu brandmarken. Als Folge dessen werden Gruppen und Personen, die Kritik an der israelischen Politik äußern oder sich positiv auf die palästinensische Befreiungsbewegung beziehen konsequent stigmatisiert, aus dem politischen Diskurs ausgeschlossen und kriminalisiert. Gerade Studierenden werden Deutschlandweit, durch die kürzlich beschlossene Bundestagsresolution zum Thema, unter Generalverdacht gestellt und ihnen wird mit Exmatrikulation gedroht sollten sie von der Staatsräson abweichen.

Und auch in Münster und explizit an der Uni Münster spürt man die Auswirkungen der umfangreichen Repressionspolitik. Demonstrationen und Kundgebungen, die versuchen auf den Genozid an den Palästinenser*innen aufmerksam zu machen, werden durch die Polizei mit Redeverboten, Platzverweisen, Festnahmen und Gewalt begegnet. Die, dabei durchgesetzten illegalen Einschränkungen der Meinungs- und Versammlungsfreiheit werden billigend in Kauf genommen, ganz dem Motto „erst Schlagen, dann fragen“. Als Reaktion auf den Terroranschlag der Hamas am 07. Oktober 2023 wurden an der Uni alle Veranstaltungen, die sich mit dem Thema Palästina befassen kurzfristig untersagt. Auch davor war, dank der jährlichen Anträge „gegen jeden Antisemitismus“, eine ausgewogene wissenschaftliche Auseinandersetzung innerhalb der Studierendenschaft kaum möglich. Doch spätestens seit dem haben sich Rektorat und AStA bemüht diesen Status mit aller Macht zu zementieren. Über Kontaktschuld werden alle Forscher*innen, Redner*innen und Aktivist*innen, die sich nicht hinter die IHRA Definition stellen, oder mit Gruppen oder Personen die dies nicht tun affiliert werden, vom Erhalt universitärer Ressourcen ausgeschlossen. Ohne Rücksicht auf die rechtlichen Grenzen der eigenen Kompetenzen versucht der AStA Verbote und Drohungen gegenüber autonomen Gremien der Studierendenschaft auszusprechen. Und gleichzeitig gehen Gelder der Studierendenschaft an Personen, die im Namen des Kampfes gegen Antisemitismus, Verbreitung rassistischer Narrative und Verharmlosung eines Völkermords betreiben.

Unter keinen Umständen kann ein solches Verhalten, der beteiligten Institutionen und Personen, den Zielen der Wissenschaftsfreiheit, der Meinungsfreiheit, des demokratischen Diskurses, des diskriminierungsfreien Miteinanders und dem Schutz unterdrückter Statusgruppen dienlich sein. Es stärkt stattdessen ein Klima der Hetze, der Menschenfeindlichkeit und der Verharmlosung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Und selbst wenn sich Politik, Wirtschaft und Medien vereinen um dieses Klima zu bestärken haben wir die Pflicht uns mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln dagegen zu wehren.

Literaturverzeichnis

Amnesty International, (2022) Israel's apartheid against Palestinians. Verfügbar unter: <https://www.amnesty.org/en/latest/campaigns/2022/02/israels-system-of-apartheid/>

Amnesty International (2022) Israel's apartheid against Palestinians: Currel system of domination and crime against humanity. <https://www.amnesty.org/en/documents/mde15/5141/2022/en/>

Baldwin, C. (2024) World Court Findings on Israeli Apartheid a Wake-Up Call. Verfügbar unter: <https://www.hrw.org/news/2024/09/19/world-court-findings-israeli-apartheid-wake-call>

Ullrich, P. (2019) Gutachten zur „Arbeitsdefinition Antisemitismus“ der IHRA. Verfügbar unter: <https://www.rosalux.de/publikation/id/41168/gutachten-zur-arbeitsdefinition-antisemitismus-der-ihra>

Palestinian BDS National Committee (2024) Historic ruling: ICJ finds Israel guilty of apartheid against Palestinians and its military occupation and annexation of Palestinian Territory as illegal. Verfügbar unter: <https://bdsmovement.net/news/historic-ruling-icj-finds-israel-guilty-apartheid-against-palestinians-and-its-military>

Wikipedia (Abgerufen 08.02.2025) https://en.wikipedia.org/wiki/Gaza_genocide

Kienemann, C. (2013) Kolonialismus. Verfügbar unter: <https://ome-lexikon.uni-oldenburg.de/begriffe/kolonialismus>

(o.J.) Israeli settler colonialism and apartheid. Verfügbar unter: <https://bdsmovement.net/colonialism-and-apartheid/settler-colonialism>

(o.J.) Definitions of Genocide and Related Crimes. Verfügbar unter: <https://www.un.org/en/genocide-prevention/definition>

(2024) Israel's Crime of Extermination, Acts of Genocide in Gaza. Verfügbar unter: <https://www.hrw.org/news/2024/12/19/israels-crime-extermination-acts-genocide-gaza>

(2025) Traumatic injury mortality in the Gaza Strip from Oct 7, 2023, to June 30, 2024: a capture-recapture analysis. Verfügbar unter:

[https://www.thelancet.com/journals/lancet/article/PIIS0140-6736\(24\)02678-3/fulltext](https://www.thelancet.com/journals/lancet/article/PIIS0140-6736(24)02678-3/fulltext)

https://en.wikipedia.org/wiki/Crime_of_apartheid

(2021) A Threshold Crossed. Verfügbar unter: <https://www.hrw.org/report/2021/04/27/threshold-crossed/israeli-authorities-and-crimes-apartheid-and-persecution>

https://en.wikipedia.org/wiki/Israeli_apartheid

(o.J.) Settler Colonialism. Verfügbar unter: <https://www.uni-trier.de/universitaet/fachbereiche-faecher/fachbereich-iii/faecher/geschichte/profil/fachgebiete/internationale-geschichte/forschung/siedlerkolonialismus#:~:text=Settler%20Colonialism&text=Das%20Ziel%20von%20Siedlergesellschaften%20ist,Zwangsassimilation%20der%20indigenen%20Bevölkerung%20einher.>

Khatib, R., McKee, M., Yusuf, S. (2024) Counting the dead in Gaza: difficult but essential.

Verfügbar unter: [https://www.thelancet.com/journals/lancet/article/PIIS0140-6736\(24\)01169-3/fulltext](https://www.thelancet.com/journals/lancet/article/PIIS0140-6736(24)01169-3/fulltext)

(2025) Israeli settlement. Verfügbar unter: <https://www.britannica.com/place/Israeli-settlement>

(o.J.) Our Approach to Zionism. Verfügbar unter:

<https://www.jewishvoiceforpeace.org/resource/zionism/>

Schneider, G., Toyka-Seid, C. (2025) Apartheid. Verfügbar unter: <https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/das-junge-politik-lexikon/319831/apartheid/>

Münster, 30. Juni 2025

Antrag an das 68. Studierendenparlament:

Gegen jeden Antisemitismus

Das Studierendenparlament positioniert sich klar gegen jede Form des Antisemitismus. Als Richtlinie dient den Gremien und Organen der verfassten Studierendenschaft die Arbeitsdefinition Antisemitismus der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA). Das Studierendenparlament bekennt sich zum Existenzrecht Israels und zum Recht des Staates Israels, sich und seine Bevölkerung zu verteidigen. Wir positionieren uns klar gegen Versuche, Antisemitismus durch den Deckmantel des Antizionismus salonfähig zu machen oder Zionismus mit Faschismus gleichzusetzen. Das Studierendenparlament lehnt außerdem Boykottbestrebungen gegen Israel ab, da diese nicht mit dem gesetzlichen Auftrag der Studierendenschaft vereinbar sind und einen Angriff auf die Wissenschaftsfreiheit darstellen.

Die Organe der Studierendenschaft, insbesondere der AStA und seine Referate sowie die Ausschüsse des Studierendenparlaments, unterstützen keine antisemitischen Gruppen oder Einzelpersonen sowie solche, die die BDS-Bewegung unterstützen, sich positiv auf diese beziehen, terroristische Gewalt gegen Israelis, wie die am 7. Oktober 2023 befürworten, das Existenzrechts Israels ablehnen oder Mitglied in entsprechenden Gruppen sind. Hierzu gehören beispielsweise die Students for Palestine sowie Palästina Antikolonial und Gruppen oder Personen, die sie unterstützen oder sich positiv auf diese beziehen. Der Ausschluss der Unterstützung umfasst finanzielle, materielle oder ideelle Unterstützung, gemeinsame Projekte und Veranstaltungen, das Bewerben von Inhalten oder Veranstaltungen sowie die Bereitstellung von Räumen.

Die Universität Münster fordern wir auf, in ihren Räumen keine antisemitischen Äußerungen oder Gewaltaufrufe zu dulden. Jüdische Studierende müssen an unserer Uni sicher studieren können und sollen keine Angst vor Gewalt oder Anfeindungen haben müssen. Auch die Fachschaften werden gebeten, nicht mit antisemitischen Gruppen oder Einzelpersonen zusammenzuarbeiten sowie entsprechende

Veranstaltungen nicht zu unterstützen. In der politischen Bildungsarbeit der verfassten Studierendenschaft, insbesondere der des AStA und seiner Beauftragungen, soll eine kritische Auseinandersetzung mit allen Formen des Antisemitismus regelmäßig Berücksichtigung finden.

Begründung

Seit dem 07. Oktober 2023 sind Angriffe auf jüdische Menschen dramatisch angestiegen. Hochschulen bilden dabei keine Ausnahme, im Gegenteil: Jüdische Personen fühlen sich an Hochschulen nicht sicher. Laut einer im März 2024 veröffentlichten Studie des Bundesministeriums für Bildung und Forschung geben ein Drittel der jüdischen Studierenden an, Diskriminierung erfahren zu haben. Daher erkennen wir als Studierendenschaft unsere Verantwortung gegenüber Jüdinnen und Juden an und wollen einmal mehr klarmachen: jüdische Studierende müssen sich hier sicher fühlen, daher hat Antisemitismus keinen Platz an unserer Universität.

Beschmierte Wände, antisemitische Sticker, Besetzungen und Demonstrationen verdeutlichen, wie angespannt die Lage ist. Immer wieder kommt es zu antisemitischen Parolen, zum Aufruf einer Intifada gegen Israel oder der Absprache des Existenzrechts Israels. Bei der Langen Nacht der Bildung der Fachschaften Politik und Soziologie hat sich in den letzten beiden Jahren gezeigt, dass Antisemitismus auch an unserer Uni grassiert und unwidersprochen reproduziert wird. Wir erleben, dass Symbole der Terrororganisation Hamas in Räumlichkeiten der Verfassten Studierendenschaft geschmiert werden und das im Hochschulwahlkampf ein Klima der Angst für jüdische Studierende explizit als Ziel ausgegeben wird. Auch in den sozialen Medien relativieren Gruppen wie die „Students for Palestine“ offen den Holocaust oder verherrlichen und verteidigen den Terroranschlag der Hamas vom 7. Oktober 2023, bei dem rund 1.200 Israelis getötet wurden, mehr als an jedem anderen Tag seit der Shoah.

Kritik an der israelischen Regierung und ihrem Handeln ist legitim und darf selbstverständlich geäußert werden. Wichtig ist dabei, dass keine doppelten Standards an den Staat Israel angelegt oder Jüdinnen und Juden kollektiv für die Handlungen des israelischen Staates verantwortlich gemacht werden. Auch die humanitäre Lage der palästinensischen Bevölkerung muss und sollte thematisiert werden können. Eben jene Notwendigkeit darf aber nicht ausgenutzt werden, um antisemitische Narrative zu reproduzieren.

Der aktuelle RIAS-Jahresbericht stellt fest, dass die Zahl antisemitischer Vorfälle um fast 77% angestiegen sind. Dieser Anstieg zeigt sich besonders in politischen Kontexten, etwa durch antisemitische Parolen auf Versammlungen, in Diskussionen und auf Stickern. Das der israelbezogene Antisemitismus dabei die häufigste Erscheinungsform darstellt zeigt, dass es hier einen besonderen Fokus benötigt und eine Antisemitismus-Definition, die diese Erscheinungsform nicht ausklammert.

Traurig ist auch, dass sich im Bericht sowohl eine Reihe von Fällen in Kontexten der Verfassten Studierendenschaft, als auch solche in Münster finden.

Wir wollen daher ein klares Zeichen setzen: Wir stehen solidarisch an der Seite jüdischer Studierender. Antisemitismus hat an unserer Uni keinen Platz.